

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

72 (26.3.1931)



# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltenen Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, 6gepaltenen Millimeterzeile 8 Pfennig, 4gepaltenen Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtentgeltung des Abdruckes, bei gerichtlicher Befreiung und bei Anstufung außer Kraft tritt o. Erläuterungser und Gerichtsbescheid in Karlsruhe i. B. o. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Wallstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Telegraphenstraße 12; Kallert, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 72

Karlsruhe, Donnerstag, den 26. März 1931

51. Jahrgang

## Sozialdemokratie und Regierungskurs

Demokratische und soziale Politik als Leitstern - Kampf dem Faschismus - Die Sozialdemokratie erzwingt Sicherungen in der Sparermächtigung

### Die Erklärung Dittmanns

In der Mittwochssitzung des Reichstags gab Reichstagsabgeordneter Gen. Dittmann im Namen der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Durch die Krisenwahlen am 14. September 1930 hat der Reichstag eine Zusammensetzung erhalten, die eine unmittelbare Gefahr für die Demokratie, für alle politischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen des Freiheitskampfes der Arbeiterklasse darstellt.

Die Partei der kapitalistischen und großagrarischen Scharfmacher, der Prinzen und kaiserlichen Generale, die sich hinter dem Namen einer nationalsozialistischen Arbeiterpartei verbirgt, hat die Verzweiflung wirtschaftlich schwer bedrängter und politisch unauferklärter Volksschichten in demagogischer Weise ausgenutzt und durch trügerische Versprechungen breite Wählermassen an sich gerissen.

Die rasche Enthüllung des reaktionären Charakters dieser Partei hat die Nationalsozialisten zum Verlassen des Reichstags gezwungen. Ihnen folgten die Deutschnationalen. Seitdem haben sich beide Parteien immer enger zu einem einzigen reaktionären Block verbrüder.

Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Massen im Lande aufgerufen, die Demokratie und die Rechte des Proletariats zu verteidigen. Um diese Verteidigung erfolgreich zu gestalten, mußte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Abgleiten der Staatsgewalt in die Hände des Faschismus verhindern. In der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlaments hat deshalb die Reichstagsfraktion die oberste Aufgabe ihrer parlamentarischen Tätigkeit gesehen. Das Geschäft in der klaren Erkenntnis, daß ohne diese politischen Freiheiten keine Möglichkeit besteht, die Sozialpolitik zu führen und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, die durch die Wirtschaftskrise aufs härteste bedroht ist, zu heben.

Entsprechend diesen Absichten hat die Sozialdemokratie durchgesetzt, daß die Notverordnungen der Regierung, Bränning in entscheidenden Fällen verbessert worden sind, daß trotz des Anwachsens der Zahl der Arbeitslosen auf fast 5 Millionen, trotz Rückgangs aller Steuereinnahmen die Unterstützung an die Arbeitslosen aufrecht erhalten werden konnte. Sie hat schließlich durch ihre Mitarbeit an der parlamentarischen Erledigung des Reichsetats mit dazu beigetragen, daß das durch den Wahlausfall aufs schwerste erschütterte Vertrauen zur deutschen Wirtschaft langsam zurückkehrt und so eine allgemeine Besserung in der Wirtschaftslage Deutschlands angebahnt werden konnte.

Nationalsozialisten und Deutschnationale, die nach dem 14. September in kurzer Zeit die faschistische Diktatur glauben errichten zu können, sind durch die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie und durch die gesteigerte Aktivität der Massen daran gehindert worden. Man hofft, daß ihr Auszug aus dem Parlament eine Lahmlegung des Reichstags und eine Sprengung der Regierung herbeiführen werde.

Aber auch diese Hoffnung hat die Sozialdemokratie zu schanden gemacht. Sie stand vor der Tatsache, daß durch den Auszug von Nationalsozialisten und Deutschnationalen an den Machtverhältnissen nichts geändert worden ist, und daß die diejenigen Entscheidungen, die in einem vollbesetzten Reichstag von der bürgerlichen Mehrheit getroffen worden wären, nicht durch eine Scheinmehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten durchkreuzen konnte, wollte sie nicht den Absichten ihrer faschistischen Gegner Vorschub leisten.

Über so wichtig es ist, daß der Reichstag seine Arbeitsfähigkeit trotz einer starken antiparlamentarischen Opposition bewahren hat, und so wichtig es ist, daß die Aufgaben der Gesetzgebung auf verfassungsmäßigem Wege erledigt werden sind, so steht dennoch die Lösung der Hauptaufgabe, die Überwindung der Wirtschaftskrise noch aus. Sie kann nicht erreicht werden durch die Verminderung der Kaufkraft, nicht auf dem Wege über den Abbau der Löhne und nicht durch den Abbau der sozialen Einrichtungen. Sie wird auch nicht erreicht werden durch einen hemmungslosen Aufbau der landwirtschaftlichen Jolle, die nur die Kosten der Lebenshaltung in die Höhe schraubt und die Ausfuhr der Fertigerzeugnisse hindert und die Arbeitslosigkeit vergrößert.

Die Sozialdemokratie hat deshalb für die von der Reichsregierung verlangte Sparermächtigung die notwendige Sicherung zur Aufrechterhaltung aller gesetzlichen Verpflichtungen für die sozialen Leistungen geschaffen. Ebenso hat sie, ohne die Hilfe für die schwer zinsende bäuerliche Wirtschaft zu gefährden, dafür Sorge getragen, daß bei der Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung von Zöllen für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Kosten für die Lebenshaltung der breiten Massen

nicht gesteigert werden dürfen. Die sozialdemokratische Fraktion wird auch dem Etat ihre Zustimmung geben, nachdem es gelungen ist, die in ihm enthaltenen sozialen Leistungen zu sichern und durch schärfere Besteuerung der besonders leistungsfähigen Schichten Mittel für dringende soziale Zwecke neu zu beschaffen.

Sie verlangt jedoch von der Regierung, daß sie entsprechend den abgegebenen Erklärungen nun mit allen Mitteln daran geht, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Lohnabbau, der die Wirtschaftsbelegung nur erschwert hat, darf nicht fortgesetzt werden, die Verkürzung der Arbeitszeit muß, wenn sie nicht in kurzer Zeit freiwillig eingeführt wird, gesetzlich angeordnet werden. Die Sozialleistungen an die Hilfsbedürftigen müssen aufrecht erhalten werden. Den Gemeinden, die unter der Last der Wohlfahrtsverwerbslosen zusammenzubrechen drohen, muß die Aufrechterhaltung der Leistungen durch Schaffung der einheitlichen Arbeitslosenfürsorge ermöglicht werden. Die Regierung muß alle Mittel anwenden, um die Wirtschaftskrise durch arbeitsschaffende Maßnahmen abzufügen.

Nur eine entschlossene demokratische und soziale Politik wird imstande sein, das deutsche Volk aus der Gefahr einer Selbstvernichtung im Bürgerkrieg zu befreien und einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Wir Sozialdemokraten werden die bevorstehende parlamentarische Pause dazu benutzen, um ins Land hinauszugehen und dort zu wirken und zu wirken. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit spielt sich heute auf politischem Boden als ein Kampf zwischen Faschismus und Demokratie ab.

Wir gehen hinaus zum Kampf gegen die faschistischen Soldaten des Kapitals, für das Recht der Arbeit, für Demokratie und Sozialismus.

### Abschluß der Etatberatung

Berlin, 25. März. (Eia. Draht). Der Reichstag arbeitet mit Hochdruck in Dauer-sitzungen, um möglichst noch am Donnerstag sich versagen zu können.

Am Mittwoch wurde die Ausprache über die

### Dithilfegeetze

zu Ende geführt.

Für die Volkskonservativen erklärte Graf Westarp diese Geetze als eine entscheidende Hilfe in dem geschichtlichen Ringen zwischen Deutschen und Polen um den deutschen Osten. Reichsminister Treviranus kündigt für die nächste Zeit Fortschritte in der Fürsorge für die Landarbeiter an.

Die dritte Beratung der Geetze und die Abstimmung wird zurückgestellt.

### Der Gesetzentwurf gegen Waffennißbrauch

der das Mitführen von Stief-, Stoß- und Stichwaffen außerhalb der Wohnung oder des befriedeten Besitzums unter Strafe stellt, wurde in dritter Beratung angenommen. Das Ziel der Gesetzesgebung ist, allgemein die Waffen aus der Hand von Verbänden zu nehmen. Gefährliche Waffen gehören nur in die Hände der organisierten Staatsgewalt.

Zur dritten Beratung des Reichshaushaltgeetzes für 1931 gab für die Sozialdemokratie der Abg. Dittmann eine an anderer Stelle im Wortlaut veröffentlichte formulierte Erklärung ab, die noch einmal die Gründe für die sozialdemokratische Linie zusammenfaßt.

Die Kommunisten brachten einen Antrag ein, der Reichstag möge sich für die sofortige Sanktionierung der Stuttgarter Verträge Dr. Jakobowitsch einziehen. Dieser Antrag findet auch bei der Sozialdemokratie volles Verständnis. Er ist aber wie so viele auf reine Agitation berechnete Anträge undurchführbar. Der sozialdemokratische Abg. Dr. Höpner legte in längerer Erklärung auseinander, daß der Antrag nicht nur einen Einschnitt in ein schwebendes Verfahren bedeute, den sich ein Parlament nicht zuschulden kommen lassen dürfte. Rechtlich habe weder die Reichsregierung noch eine Landesregierung oder Justizverwaltung das Recht, einen solchen Antrag durchzuführen. Die Sozialdemokratie stimmte also gegen den kommunistischen Antrag, nicht etwa, weil sie dessen Inhalt mißbilligte, sondern weil er nicht den zweckmäßigen Weg einschlägt. Es wird notwendig sein, durch entsprechende Rundgebungen in der Presse und sonst in der Öffentlichkeit den Protest des Volkes gegen das Stuttgarter Waffengerichtsverfahren zum Ausdruck zu bringen.

Eine allgemeinepolitische Rede hielt dann der christlich-sozialer Abg. Kippel. Er polemisierte scharf gegen die politische Unbrauch-

## Die Zollunion-Debatte

Der englische Botschafter beim Reichskanzler

### Englische Schritte

Ämtlich wird mitgeteilt:

Der britische Botschafter hat heute dem Reichskanzler wegen der deutsch-österreichischen Vereinbarung über die Zollunion aufgesucht und ihm mitgeteilt, Herr Henderson halte es im allgemeinen Interesse für erwünscht, daß die Angelegenheit im Hinblick auf das Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1929 gemeinsam besprochen würde und daß Deutschland und Oesterreich bis zur nächsten Sitzung des Völkerbundesrates nicht zu endgültigen Feststellungen schritten.

Der Reichskanzler hat den Botschafter in seiner Antwort darauf hingewiesen, daß die deutsch-österreichische Vereinbarung sich ganz im Rahmen des Genfer Protokolls halte und somit nach Auffassung der Reichsregierung und der österreichischen Regierung für den Völkerbund kein Anlaß gegeben sei, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Wenn von anderen Regierungen eine Prüfung der Rechtsfrage angestrebt werde, so brauchten die deutsche und die österreichische Regierung diese nicht zu scheuen. Eine Prüfung des Abkommens durch den Völkerbund unter politischen Gesichtspunkten halte die Reichsregierung nicht für zulässig, da das Abkommen rein wirtschaftlichen Charakter habe. Der Reichskanzler erläuterte die Ziele der deutsch-österreichischen Verhandlungen, die natürlich ihren Fortgang nehmen müßten, die aber, wie von vornherein festgehalten habe, mit Rücksicht auf die zahlreichen zu regelnden technischen Einzelheiten nicht vor zwei oder drei Monaten zum Abschluß gelangen könnten.

Wien, 25. März. Die Ämtliche Nachrichtenstelle meldet: Botschafter Dr. Schöber empfing heute nachmittags den englischen Gesandten Sir Eric Phipps, der im Auftrag des Staatssekretärs Henderson ihm von den Besorungen Mitteilung machte, die beim englischen Staatssekretär des Äußeren hinsichtlich des geplanten deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommens entstanden sind.

Botschafter Dr. Schöber erklärte dem englischen Gesandten: Die österreichische Bundesregierung ist der Ansicht, daß sich die Vereinbarung der deutschen und österreichischen Regierung ganz im Rahmen des Genfer Protokolls vom Jahre 1922 hält. Sie hat daher nichts dagegen, daß die rechtliche Seite des Uebereinkom-

mens von den Regierungen, die das Genfer Protokoll seinerzeit unterzeichnet haben, überprüft werde. Eine Überprüfung des Uebereinkommens unter politischen Gesichtspunkten kommt angesichts seines wirtschaftlichen Charakters nach Meinung der österreichischen Regierung nicht in Betracht. Die österreichische Regierung beschließt, nicht ein Wort accompli zu schaffen.

### Pariser und Londoner Erklärungen

Paris, 25. März. Zwischen Henderson und Briand fand heute in Paris eine Unterredung über das deutsch-österreichische Zollabkommen statt. Nach dem von der englischen Botschaft in Paris ausgegebenen Kommuniqué hat Henderson der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, bevor Deutschland und Oesterreich die Verhandlungen über den Plan einer Zollunion fortsetzen, dem Völkerbundstat Gelegenheit gegeben werde, sich selbst in der Mitteilung davon zu überzeugen, daß die fraglichen Vorschläge nicht den Verpflichtungen Oesterreichs zuwiderlaufen.

Henderson wird, wie verlautet, seinen Aufenthalt in Paris bis zum Freitag ausdehnen. Der englische Außenminister Henderson hatte heute vormittag in der englischen Botschaft eine einseitigblindige Unterredung mit dem polnischen Außenminister Zaleski.

London, 25. März. (Eia. Draht). Im englischen Unterhaus war am Mittwoch die deutsch-österreichische Zollunion Gegenstand verschiedener Anfragen, die Unterstaatssekretär Dalton beantwortete. Die Regierung, so erklärte Hendersons Stellvertreter, werde die Angelegenheit aufmerksam prüfen. Man könne versichert sein, daß die Regierung alle zur Verfügung liegenden Mittel anwenden werde, um zu verhindern, daß durch eine solche Union die Handelsinteressen Großbritanniens verletzt würden.

### Verträge und Zollunion

Angesichts des Besuchs des englischen Botschafters beim Reichskanzler weist der Vorwärts darauf hin, daß es sich nicht um ein Antrag handle, das Zollabkommen dem Völkerbundsrat zu unterbreiten, sondern daß die englische Regierung der Hoffnung Ausdruck gebe, der Rat möge Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß die Zollunion mit dem Genfer Protokoll im Einklang stehe. Man könne nur wünschen, daß es schon vor der Mattagung gelingen möge, Europa zu überzeugen, daß die geplante Zollunion mit den bestehenden Verträgen übereinstimme.



barkeit der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen. Sehr tödlich ging er mit der Wirtschaftlichen Wahlreform ins Gericht, die der Reichstag hoffentlich nur beraten werde, wenn er durchaus nichts Besseres zu tun habe. Wichtiger sei die Heraushebung des Wahlalters. Jetzt würden reife Wähler durch politisch Unmündige niedergestimmt. Der Kommunist Torgler hat für uns „Sozial-Faschisten“ und „Kapitalnechte“ ein neues Wort erfunden. Er nennt uns die „Brüning-Sozialdemokratie“. Diesen neuesten kommunistischen Unfug wird die Sozialdemokratie überleben und ihre Mitglieder und Anhänger werden sich durch die kommunistische Lächerliche Volksverhetzung nicht erschüttern lassen.

**Gegen den § 218**

sprach später noch die sozialdemokratische Abg. Frau Dr. Schreiber-Krieger. Sie wies darauf hin, daß drei Fünftel der Berliner Wählerinnen und 80 Prozent der Hamburger Wähler sich gegen den heutigen gesetzlichen Zustand erklärt hätten. Demnach würde der § 218 tausendfach übertreten. Das kann nicht mehr so weitergehen. Das ganze öffentliche Gewissen muß sich gegen diese Zustände auflehnen.

Um alle nur irgendwie denkbaren parlamentarischen Möglichkeiten auszunutzen, brachte die Sozialdemokratie schließlich eine Entschließung ein, die Reichsregierung möge auf das württembergische Justizministerium einwirken, damit die zuständige Staatsanwaltschaft scheinbar den Antrag auf Aufhebung des Haltbefeihls gegen Frau Dr. Riensle entzieht. Für diesen Antrag stimmten nach Ablehnung ihres eigenen Antrags auch die Kommunisten. Er wurde angenommen.

**Abstimmungen**

Das Hilfsesche wurde in zweiter Beratung verabschiedet. Die dritte Beratung wurde auf Donnerstag verlagert. Das Waffenmischungsantrag wurde in dritter Beratung angenommen. Ein Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichsfinanzminister Dietrich wurde abgelehnt. Die Wirtschaftspartei enthielt sich der Stimme. Angenommen wurde mit kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen ein Antrag, der die Aufhebung der Konsumvereins- und Warenhaussteuer fordert. Dagegen wurde ein kommunistischer Antrag, das Demonstrierungsverbot zum 1. Mai aufzuheben auch von der Sozialdemokratie abgelehnt. Die Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß bei der außerordentlich gespannten Lage die beinahe täglich Todesopfer auf den Straßen und in den Versammlungsräumen herbeizuführen, eine Lockerung des Verbots auch im Interesse der Arbeiterklasse abzulehnen ist.

Bei der Abstimmung über die Panzerschiffe in dritter Lesung enthielt sich die Sozialdemokratie der Stimme. Eine Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter verließ vor der Abstimmung den Saal, eine kleine Gruppe stimmte wiederum gegen den Fraktionsbeschluss.

Der Gesamthaushalt wurde in namentlicher Abstimmung in dritter Beratung angenommen.

Das Gesetz für eine Sparermächtigung an die Reichsregierung wurde angenommen, es enthält die von der Sozialdemokratie eingefügte Sicherung zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ansprüche aus der Sozialversicherung.

Einen kommunistischen Antrag, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen, ergänzte die Sozialdemokratie durch den Antrag, auch den 11. August zum Feiertag zu erheben. Auf Antrag des Zentrums wurden diese beiden Anträge dem Reichsausschuß überwiesen. Schließlich wurde der Haushalt in dritter Lesung verabschiedet.

Der Reichstag beschäftigte sich dann noch mit dem Gesetz über Zolländerungen.

Die Abgeordnete Frau Sender (Soz.) weist auf die drohende Brotpreiserhöhung und darauf hin, daß die Parteien, die die Wahrung der landwirtschaftlichen Interessen geradezu gewagt haben, die Arbeit im Reichstag eingestellt haben, und daß es die Arbeiterschaft ist, die der Landwirtschaft jetzt die hilfereiche Hand reicht. Trotz aller Verbeteuung hätte die große Masse der Verbraucher Verständnis für die Notlage der Bauern. Darum werde schließlich auch die Landwirtschaft einsehen müssen, daß nicht Verbrechen auf das dritte Reich den Bauern helfen könne, sondern nur Zusammenarbeit der Bauern und der Verbraucher.

Am Ende der Debatte teilte Reichs Ernährungsminister Schiele noch mit, daß in den nächsten Tagen die Verordnung über die Quotierung von Roggen so weit geändert werde, daß an die Stelle der 60prozentigen die 70prozentige Ausmahlungsquote trete. Durch diese Änderung müsse die von der Regierung versprochene Verbilligung des Brotpreises eintreten.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

**Ermäßigung der ferienhonderzüge**

Am 23. und 24. März tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. Im Jahre 1931 hat sich die schlechte Einnahmewirtschaft weiter fortgesetzt. In den ersten beiden Monaten des Jahres sind die laufenden Ausgaben trotz größter Einsparungen um rund 100 Millionen RM. höher als die laufenden Einnahmen.

Dem Vorschlag, die Gesellschaftsfahrten, Ferienszüge usw. auf der Reichsbahn zu verbilligen, stimmte der Verwaltungsrat zu in der Erwartung, daß durch diese Ermäßigung eine entsprechende Betriebszunahme eintritt.

**Disziplinarverfahren gegen nationalsozialistische Beamte**

Der Reichsstaatsminister hat, dem Vorwärts zufolge, die Telegrammenassistentin Wenneke und den Ober-Telegraphenassistenten Könia auf dem fernsprachlichen Bergmann, die verdächtig sind, nationalsozialistische Propaganda im Dienste getrieben zu haben, zur Disposition gestellt und gegen sie das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet.

Wie der Vorwärts weiter berichtet, ist auch gegen den Reichstagsabgeordneten Studenrat Dr. Voepelmann (Berlin) vom Provinzialschulkollegium ein förmliches Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet worden.

**Mahnung an das Bürgertum!**

Bürger und Bauer erwache! betitelt sich eine „Der Freiheit gewidmete“ Broschüre „Gegen die nationalsozialistischen Reichserzähler!“, die soeben im Verlag der Oldenburgischen Landeszeitung, Oldenburg i. O., erschienen ist. Die im Rahmen der bürgerlichen, politischen und wirtschaftlichen Aufklärung gehaltenen Schrift geht in entscheidender Weise mit der Bekämpfung der Nationalsozialisten zu Gericht und bemüht sich, Bürger und Bauer aufzurütteln, damit sie endlich einsehen, wie zerstörend das Treiben der Nationalsozialisten ist.

**Keine Brotpreiserhöhung in Berlin**

Berlin, 25. März. Der hiesige Zweigverband der Bäckermeister nahm heute nachmittags nach langer Aussprache eine Entschließung an, in der den Bäckermeistern von Berlin empfohlen wird, vorläufig den alten Brotpreis beizubehalten.

**Abschied von Hermann Müller**  
**Zehntausende an der Bahre**

Berlin, 25. März (Eig. Draht). Treue um Treue! Seit Dienstag früh ergießt sich in den Hof des sozialdemokratischen Parteihauses in der Lindenstraße zu Berlin ein nicht abbreitender Strom von Parteifreunden, die kommen, um von ihrem Führer und Mitkämpfer Abschied zu nehmen.

Am Dienstag bei strömendem Regen, am Mittwoch bei strahlendem Sonnenschein, die Kette reißt nicht ab. Am Mittwoch nachmittags stehen die Massen bis auf die Straße hinaus in dreifachem Glied an vier und zu acht. Und trotzdem die Trauernden nur für Sekunden in dem stillen Totenzimmer verweilen, kommt die Menge nur schrittweise vorwärts. Es ist eine erregende und mächtige Demonstration, eine Demonstration, die in ihrer Stille und ihrem erschütternden Ernst härter wirkt, als der vollkommenste Kampfaufmarsch.

Der Hof des Parteigebäudes, in dem am Donnerstag die große Trauerfeier für den verstorbenen Führer und Freund stattfindet, hat das Gewand des Todes angelegt. Schwarzes Tuch flattert von den Seitenwänden zur Erde nieder und alst der Stätte der Arbeit das Gesicht dieser feierlich-ernsten Stunde. Rotes Fahnenstück, das Symbol der großen Arbeiterpartei, grüßt aus dem Schwarz der Bekleidung. Immergrün umkränzt das würdige Kleid der Trauer.

Auf dem Podest, der am Donnerstag nachmittags den Satz Hermann Müllers tragen wird, hat sich ein Meer von Blüten und Blumen ausgebreitet. Hier türmen sich Kränze zu einer phantastischen und bewegendsten Symphonie des Frühlings inmitten schmerzlicher Todesglocken. Nelken, Lilien, Chrysanthenen und Immergrün, prächtige Laubgewinde und flammende rote Sirellen, bedeckt mit den heißen Worten schmerzlicher und treuer Erinnerung. Viel Schwarz-rot-gold sieht man, aber auch weiße und schwarze Trauerbänder. Einen flammend roten Kranz hat die sozialistische Internationale für den Freund und Kampfgesährten niedergelegt. Man sieht prächtige Kränze des Parteivorstandes, des Vorwärts, des Sozialdemokratischen Pressebundes, der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen im Lande, des Reichshammers, der preussischen Staatsregierung und vieler, vieler anderer.

Das Preussische Staatsministerium hat angeordnet, daß auf sämtlichen in Berlin gelegenen staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden, Gebäuden der Körperschaften, des öffentlichen Rechts, sowie Gebäuden der öffentlichen Schulen am 26. März 1931, dem Tage der Beisetzung des Reichstagsabgeordneten a. D. Hermann Müller nach den Bestimmungen der Verordnung vom 29. Juni 1929 Halbtag zu halten ist.

**Im Solde der Unternehmer**  
**Ein Geheimschreiben Hitlers**

Ausgerechnet Herrn Hitler, dem „großen“ Adolf selbst, ist es vorbehalten geblieben, die

**innige Verbindung zwischen Unternehmern und Nationalsozialisten nachzuweisen.**

Er tat das heileich nicht freiwillig, sondern der Zufall war es, der der sozialdemokratischen Münzener Volkszeitung ein von Hitler verfaßtes Dokument in die Hände spielte, in dem der Führer der deutschen Faschisten die Kaufkraft seiner Partei bestätigt. Dieses Dokument hat folgenden Wortlaut:

Reichsgeschäftsstelle Braunes Haus  
München, Briener Straße 45  
Tel. 56 065/67, Volkshochkonto 11 263.

München, den 4. März 1931.

An den Gauleiter des Reiches Hessen  
Darmstadt.

Geheim H.R.

Am Kampfschahpenden für den Gau Hessen sind eingegangen 15 000 M., beteiligt sind daran die Firmen wie folgt: Kommerzienrat Dyrerhoff, Dr. A. Dyrerhoff, Dipl.-Ing. A. Galtel sowie die Direktoren Schindler und Jung.

Diese Spenden verpflichten bei weiteren Einstellungen zur besonderen Auswahl von geinnungstreuen SA-Leuten, um dem Anwachsen der kommunistischen Elemente in den betreffenden Betrieben uneres Pgs. tatkräftig entgegenzutreten zu können und hauptsächlich aber bei den Betriebsrätewahlen unsere Macht noch mehr zu stärken.

Nur dadurch können wir unter den Anhängern der Kommunisten mit Hilfe größtmöglicher Propaganda jedes einzelnen SA-Mannes eine Breche in die Notfront-Partei schlagen, um den Endsieg für unser Drittes Reich zu erzwingen!

Für weitere Einstellungsmöglichkeiten unserer SA-Leute in die Betriebe obengenannter Pgs. ist absolut einwandfrei

Reumund und restlose Gefinnungstreue Voraussetzung. Gediente Leute sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Die Gauleitung hat dementsprechend seine Kreis- und Ortsgruppenführer zu instruieren.

15 000 M. sind zwar ein ganz ansehnlicher Betrag, aber nur ein Teil des durch den Lohnraub erzielten Reingewinnes. Um sich diesen Gewinn auch für die Zukunft zu sichern, subventionieren die „notleidenden“ Herren Kommerzienräte und Direktoren die NSDAP. Diese Spenden vergrößern die „Kaufkraft“ der Partei, und mit doppelter Energie geht er daran, den Unternehmern seine Dankbarkeit zu beweisen.

Zum ersten Male hat die Arbeiterklasse Anlaß, auch Hitler dankbar zu sein. Die Offenheit, mit der er sich und den anderen nationalsozialistischen Schwindlern die Maske des Biedermannes vom heuchlerischen Gesicht reißt und den Charakter der NSDAP bloßlegt, müßte jeden Arbeiter, der auf Gerechtigkeit hält, veranlassen, dieser korruptierten Gesellschaft den Rücken zu kehren.

Der entlarvte Hitler macht es sich sehr einfach. Er behauptet dreist, der Inhalt des Schreibens sei von Anfang bis zum Ende frei erfunden.

Das Berliner Tageblatt fügt diesen Feststellungen folgende Bemerkungen an:

„In dem Brief in dem der ehemalige Reichswehrlieutenant Scheringer seinen Uebertritt vom Nationalsozialismus zum Kommunismus begründet, heißt es von den Führern der SA-Fraktion unter anderem:

„Sie haben bei innerpolitischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen des Proletariats vertreten.

Sie haben keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt, aber den Terror gegen das Proletariat organisiert.“

Man kann hinzufügen: und sie lassen sich dafür bezahlen, sie dirigieren eine „Arbeiterpartei“, die gegen bar vermietet wird.“

**Riesengespenst aus Blech**  
**Große Sprüche - aber nur 4000 Abonnenten**

Die nationalsozialistische Presse hat ein Maulwerk, daß man glauben könnte, die ganze Welt würde ihr nachlaufen. In Wirklichkeit merkt jedoch die Leser der Hafentreußblätter immer mehr, daß hinter dem Geschrei eine positive Leistung steht. Vor der Bühne wird daher großes Geschrei gemacht, unter vier Augen jamern jedoch die Macher vom Hafentreuß, daß es nicht mehr vorwärts geht, daß allerorts eine Stodung eingetreten ist. Nichts zieht mehr. Das Volk erkennt die Masche, die hinter dem Hegehohr steht. Es sind schlechte Geschäftszeiten für die Obermacher vom Hafentreuß, worüber die Schwäb. Tagwacht in Stuttgart folgende Illustration liefert:

Furcht vor der Öffentlichkeit ist meistens kein Zeichen übergroßer Stärke einer Organisation. Geht man nach einem solchen Erfahrungssatz, dann muß die Nazi-Bewegung tatsächlich unter den Dummheiten, die sich ihre Führer in der letzten Zeit geleistet haben, erheblich leiden. Bringt doch der NS-Kurier am Montag eine geradezu panikartig aufgeregte Meldung darüber, daß die nationalsozialistische Presse von der Oberpostdirektion aufgefordert wird, ihre Auflagenhöhe anzugeben. Dabei handelt es sich um ein Schreiben, wie es jedem Verlag zugeht, zur Kontrolle der Postsendungen. Schon wittert der NS-Kurier, daß man hier lediglich etwas ausforschen wolle, um es dann unter Bruch des Postgeheimnisses preiszugeben. Eigentlich sollte das der nationalsozialistische Presse geradezu als Reliquie dienen, sollte man meinen, denn in beinahe furcht-einflößender, ihrem Obermimen Hitler unmittelbar abgekauften Terror stottert das Blatt folgenden Erguß:

„Die Auflagenhöhe der nationalsozialistischen Zeitungen wird den schwarz-roten Treibpartei in ihren Klassenmähten als ein Geheimnis erscheinen, über das sie bestimmt nicht gerade in Selbstliebe zerfallen werden.“

Sicherheitshalber will man aber nicht gleich das Gespenst aus der Schachtel lassen, obgleich man das doch gerade jetzt tun sollte, wo die nationalsozialistische Presse einen pompösen Werbefeldzug bei den Geschäftsleuten macht und unter den Mittelständlern nach Opfern sucht, die

ihnen ihr bankrottetes Zeitungsunternehmen finanzieren sollen. Aber warum will man mit dem Gespenst nicht heraus? — Nun, weil es eben wirklich nur ein Gespenst ist, schattenhaft und bestenfalls als Kinderstube geeignet. Jedenfalls eine Blamage vor allen, die nicht zu Gespensterglauben erzogen sind. Deswegen sei hier der Schleier gelüftet und tatsachengetreu mitgeteilt:

Die gesamte Abonnentenzahl des für das ganze Württemberg bestimmten NS-Kuriers, und zwar nicht nur die Postauslage, sondern auch noch die vom Trägerpersonal beorgten Zustellungen beträgt in der letzten Zeit noch keine 4000. Davon wieder entfällt noch nicht einmal die Hälfte auf Stuttgart. Ueber die Verkaufszahlen im übrigen Reich lohnt es sich nicht. Diese werden zwar in großer Zahl gedruckt, lehren aber zu einem erheblichen Teil, ähnlich wie Brieftauben, die an ihren Stall gewöhnt sind, wieder in die Expedition zurück, weil sie keiner will. Beweis dafür ist, daß der Verlag des NS-Kuriers in großen Mengen Material für die Expedition in seinem Internatentel anbietet. Das sieht so aus:

Maschinenreine Materialver  
per Kilo 12 Pfa., bei Zentner-Abnahme  
10 Pfa., hat laufend abzugeben  
Verlag NS-Kurier  
Kronenstr. 18, Fernsprecher 231 94.

Aber vielleicht hängt die aufgeregte Stimmungsmache auch damit zusammen, daß der NS-Kurier eine „äußerst tüchtig, pflichtbewußte und gewissenhafte“ Kraft in die Angelegenheit einbringt, deren vornehmste Aufgabe es wohl sein soll, den Interessenten über die Höhe der Auflage es an die Augen zu streuen. Darum auch das aufgeregte Getöse über die angebliche Spitzerei der Stuttgarter Oberpostdirektion. Denn sie könnte ja unter Umständen dazu beitragen, daß die Wahrheit an den Tag kommt. Infolgedessen wird das Nazi-Blättchen uns gewiß nicht böse sein, wenn wir ihm die Sorge um die Geheimhaltung seiner Reichenaufgabe etwas erleichtert haben. Gespenster, die man verflucht, verfehlen nämlich ihre Wirkung!



# Junglehrernot und Landtag

## Nachruf für Hermann Müller — Glückwünsche für Staatspräsident Wittmann Die Junglehrernot

30. Sitzung.

h. w. Karlsruhe, 25. März 1931.

Der Eintritt in die Tagesordnung widmet Präsident Duffner dem verstorbenen Reichstagsler a. D.

Hermann Müller

einen sehr herzlich gehaltenen Nachruf. Er wies darauf hin, auch das Land Baden müsse des Mannes gedenken, dessen Name mit der schwersten Stunde Deutschlands verknüpft ist. Mehr als die deutschen Leiden, sind es die psychischen Leiden gewesen, mit denen der Staatsmann blutenden Herzens das tun mußte, das er sonst als Mensch und Staatsmann weit von sich gewieken hätte. Reichstagsler Müller mußte schweres auf sich nehmen, um noch schlimmeres abzuwenden. Reichstagsler Müller ist unsern treuen Gebensens gemäß. Mögen die Kulturträger das ihre tun, um die düstere internationale Atmosphäre zu entlasten von dem Geiste, der von dem Verträge von Versailles ausgeht. — Das Haus hatte den Nachruf stehend angehört.

Im weiteren spricht Präsident Duffner dem Staatspräsidenten und Innenminister Wittmann zu seinem 63. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche aus; er hob hierbei die Pflichttreue und unermüdete Schaffenskraft des Ministers hervor.

In der Tagesordnung kommt als erster Gegenstand zum Ausdruck das Gesetz betreffend Maßnahmen zur

### Behebung der Junglehrernot

Demit verbunden sind die Anträge und Anfragen über den gleichen Gegenstand. Den Bericht des Staatsratsvorsitzenden über die Beratung des Gesetzesentwurfes erstattet Abg. Dr. Fejson. Der Ausschuss beantragt, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Im Anschluß an den Ausschussbericht werden diesbezügliche Anträge behandelt. Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) bezeichnet die Behebung des Lehrermangels als ein Musterbeispiel verfehlter Schulpolitik. Der Fehler liege in den verfehlten entscheidenden Maßnahmen des Jahres 1928 bei der Schaffung des Lehrerbildungsgesetzes. Die Deutsche Volkspartei lehne jede Verantwortung für die Folgen dieser Politik ab. Die Zahl der noch nicht vermittelten Junglehrer betrage, daß eine Deckung der Lehrerbildungsanstalten in den nächsten Jahren unnötig ist. Die jungen Studierenden gingen in die Anstalten in der Erwartung, daß der Staat sie auch verwenden werde. Der Redner fand wiederholten Widerspruch und Ablehnung seiner Auffassungen, die harte aus demagogische Grenzen. Das Gesetz wird von Herrn Dr. Mattes und seiner Partei genehmigt. — Die kommunikativen Anträge werden von Abg. Hoff (Komm.) begründet. Der Redner behauptet, der badische Staat könne sich mit seiner Schulpolitik nicht behaupten. Die Klassenverbände an den Volksschulen solle auf 30 Schüler herabgesetzt werden.

Warum gebe man für den Studenten und den Mittelschüler so viel aus und für den Volksschüler so wenig? Die Schulfrage werde erst in einem Sowjetdeutschland vollkommen gelöst werden. — Abg. Ewald (Ev. Volksp.) billigt die Maßnahmen der Regierung. Wegen der Schließung der Lehrerbildungsanstalten solle man erst das Urteil der Spartenkommission hören. Die Maßnahme der Regierung soll aber nur eine vorübergehende sein. Der Redner begründet einen Antrag, der verlangt, daß verbeiratete nicht planmäßige Lehrer von der Sperrung der Dienstalterszulage befreit sein sollen. — Eine förmliche Anfrage betr. die Junglehrernot begründet Abg. Kraft (N.S.). Der Redner übt Kritik an der Schaffung der Lehrerbildungsanstalten. Die Schuld an der Junglehrernot trage der frühere Minister Peers und sei hierfür verantwortlich zu machen. Die falsche Regierunspolitik müsse nachgerafft werden und ein eventueller verantwortlicher Minister zur Verantwortung gezogen werden. Die Antwort auf die förmliche Anfrage erteilt

Minister Dr. Kemmele

Der Redner verweist gegenüber der nationalsozialistischen Anfrage auf die amtlichen Auslassungen. Der Vorschlag einer faktischen Handlung der verantwortlichen Regierungsvorgänger sei zurückzuweisen. Würden die Lehrer auf der Hochschule ausgebildet, wie es wohl die Auffassung des Abg. Mattes ist, so wäre das Elend noch größer wie es derzeit ist. Es ist falsch und übertrieben zu behaupten, die Lehrernot bestiehe erst in den letzten 10 Jahren. Schon aus landtagsrechtlichen früheren Jahre und der Fortkrisis wurde über die mangelnde Anstellungsmöglichkeit der Lehrer geklagt. Es wird auch in Zukunft immer so sein, daß jede Schulverwaltung einmal mit Lehrermangel und dann mit Lehrerbüchse an rechnen haben wird. Schon im Jahre 1925 hat der Landtag grundsätzlich den Willen ausgesprochen, daß eine neue Lehrerbildung geschaffen werden soll. Die Vorwürfe des Abg. Dr. Mattes sind also unbegründet. Wenn ein Parteigänger des Herrn Dr. Mattes oder ein Herr von rechts an dieser Stelle gestanden hätte, wären heute genau dieselben Verhältnisse festzustellen. Es ist sehr leicht, nach einigen Jahren, bei veränderter Situation, Kritik zu üben. Es sind in den letzten Jahren drei Maßnahmen vom Landtag beschlossen worden, die die Zahl der Lehrkräfte verringerten. (Abg. Kraft (N.S.): Der Landtag ist mit (schulb) Abbau der überzähligen Lehrstellen in den Städten, lönliche Saarmachungen bewirkten ein händiges Nachlassen der Anforderungen nach. Die Situation letzten Jahre wurde nicht ein Lehrer neu eingestellt, hat sich grundlegend geändert. Deshalb war jetzt die Durchführung einer sozialen Maßnahme nötig. Eine angenehme Maßnahme ist die Sache für uns nicht gewesen. Wenn wir andere Quellen hätten, aus denen die nötigen Mittel geschöpft werden können, hätten wir sie benützt. Die untauglichen Mittel, mit denen die Nationalsozialisten arbeiten, haben noch nie jemand ein Stück Brot gebracht. (Zustimmung.) Der Minister bittet um Annahme des Gesetzentwurfes.

In der allgemeinen Aussprache legt sich Abg. Verberich (Ztr.) für das Gesetz ein. Er schildert dabei eindringlich die Not der Junglehrer. Auch wenn die Deutsche Volkspartei damals an Stelle des Ministers Kemmele gewesen wäre, wären die Verhältnisse nicht anders gekommen. Auch im Dritten Reich wird es Wenn und Aber geben. Der Abbau in Schulwesen rührt von denselben Ursachen her, wie sie in der Wirtschaft und überall festzustellen sind. (Abg. Kraft (N.S.) ruft begeistert und unter Beifall: Man muß eben die Verhältnisse meistern!) Der kommunikativen Antrag ist ein ganz nobles Mittel; aber wie sollen die Mittel zur Verwirklichung aufgebracht werden? Im weiteren befragt der Redner Einzelheiten der Vorlage.

Abg. Reinhold (Soz.):

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Behebung der Junglehrernot wird von uns als zweckmäßig und durchführbar anerkannt. Er ist geeignet, einige hundert Junglehrer in Tätigkeit und zu einem, wenn auch bescheidenen Verdienst zu bringen. Mit der Durchführung des Gesetzes wird vom badischen Staat zum erstenmal der Weg beschritten, durch Einparungen auf der einen Seite, kräftigende Arbeitskräfte auf der andern Seite in Anstellung zu bringen. Die seelische und materielle Not unserer Schulamtsmänner auf diesem Wege, wenn auch nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil behoben zu haben, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Behebung der Junglehrernot ist nach der der Vorlage beizugehenden Erläuterung auf zwei Gesichtspunkten aufzubauen: 1. Der sofortigen Sperrung des Zugangs zum Lehrberuf und 2. Der Zurückhaltung der Dienstalterszulage bei nichtstaatsmündigen Volks- und Fortbildungsschullehrern während dreier Jahre. Die Sperrung des Zugangs zu den Lehrerbildungsanstalten hat sich für absolut zweckmäßig. Es wäre unangenehm, noch mehr Lehrkräfte auszubilden, wo die vorhandenen bereits seit Jahren

nicht mehr zu Anstellung kommen können. Wir sprechen bei dieser Gelegenheit auch aus, daß wir es auch auf anderen Gebieten für absolut zweckmäßig halten würden, wenn man dort den Zugang herren könnte. Wir besitzen heute sowohl in Baden wie auch im Reich ein

geflittes Profetariat,

eine Überproduktion an studierenden Arbeitskräften, wovon der größte Teil nie Aussicht hat, in Anstellung und damit in Verdienst zu kommen. Man redet so viel der Nationalisierung der Wirtschaft das Wort. Eine Nationalisierung der Ausbildung von Geistesarbeitern wäre viel ansehnlicher.

Zu der Sperrung des Zugangs zu den Lehrerbildungsanstalten liegen von der Volkspartei Anträge vor, die Lehrerbildungsanstalten insofern als möglich zu schließen, von Seiten der Kommunisten, die Lehrerbildungsanstalten in Freiburg und Heidelberg zu schließen. Durch die Sperrung des Zugangs zu den Lehrerbildungsanstalten ab dem 1. April ist eigentlich dem Antrag der Volkspartei entgegen, ausgeprochen ein Vertreter der Volkspartei spricht hier von verfehlter Politik! (Seitige Aufregung des Abg. Bauer.) Zwar sind die Lehrerbildungsanstalten dann nicht durch einen ausdrücklichen Beschluß des Landtages geschlossen, sondern es ist nur der Zugang durch Verordnung des Kultusministeriums gesperrt. Streift hierüber ist unser Erachtens mißlich. Wir Sozialdemokraten lehnen es ab, die Verabschiedung der Vorlage zur Bekämpfung der Junglehrernot von der Entscheidung, ob Schließung der Anstalten oder Sperrung des Zugangs zu den Lehrerbildungsanstalten abhängig zu machen. Wenn unter einem solchen Gesichtspunkt das Gesetz zur Verabschiedung gelangen sollte, dann könnten die Junglehrer noch lange auf die in Aussicht gestellte Hilfe warten. Mit der Sperrung des Zugangs ist für uns Sozialdemokraten vorerst in Berücksichtigung der Durchführung der Vorlage das erreicht, was auf der anderen Seite durch Schließung der Lehrerbildungsanstalten erreicht werden soll.

Der kommunikativen Antrag auf Schließung der Lehrerbildungsanstalten in Heidelberg und Freiburg hat auch bei den Demokraten entsprechend einer Verlautbarung des Vorsitzenden badischer Jungdemokraten Unterstützung gefunden. Man konnte allerdings diese Unterstützung des kommunikativen Antrages nicht gewähren, ohne wieder einen der üblichen

Dreschreiber gegen die Sozialdemokratie

zu richten. Zu der Verlautbarung der Jungdemokraten kann nur das eine gesagt werden, daß ihr Vorkommend ansehend auf dem badischen Politik macht. Wäre er mit beiden Füßen auf dieser Welt, dann müßte er, daß mit dem Stimmen der Demokraten und auch der Nationalliberalen eine Mehrheit für ihre eigene Forderung, selbst unter Einfluß der Sozialdemokratie, nicht zu erreichen wäre. Es ist also Schaumblase, die über der Welt immer so hinzufließen, als ob es nur an der Sozialdemokratie liege, das erstrebte Ziel zu erreichen, wo doch feststeht, daß eine regierungsfähige Mehrheit in diesem Landtag für die Durchführung solcher Forderungen nicht zu erreichen ist. Um es durchzuführen, müßte eine Regierung gebildet werden von den Kommunisten bis zu den Nazis, einschließlich ihrer Trabant, den Deutschnationalen. Für die Beteiligung an einer solchen Regierung bedanken wir uns auf das Beste. In solch einem politischen Komplotzbanden treten wir nicht ein. (Seiterteil und Zustimmung.)

Die Heranziehung der nichtstaatsmündigen Volks- und Fortbildungsschullehrer mit ihren fälligen Dienstalterszulagen zur Durchführung der Bekämpfung der Junglehrernot, wird zweifellos von den Betroffenen nicht gerne gesehen. In Anbetracht des großen Zieles, in materielle und seelische Not geratenen jungen Anwärter in Beschäftigung zu bringen, glauben wir aber, dem gemachten Vorschlag zustimmen zu sollen. Es liegt in der Heranziehung der Lehrerbüchse zur Unterbringung junger Anwärter ein großes Stück

Berufssolidarität.

(Sehr richtig!) Wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir es bedauern, daß nur ein Teil der Lehrerbüchse herangezogen werden kann und nicht die gesamte Lehrerbüchse. Hier wird einmal einem Berufsstand Gelegenheit geboten, durch einen freiwilligen Verzicht auf einen geringen Teil ihres Einkommens, ein leuchtendes Beispiel für ganz Deutschland anzustellen. Eine ausgeprägte Berufssolidarität müßte die etatsmäßigen Volks- und Fortbildungsschullehrer geradezu dazu drängen, zu erklären: wir wollen den nicht-etatsmäßigen Berufsgenossen einen Teil der Befolgung abnehmen und unterfertigen durch freiwilligen Verzicht auf ein oder zwei Dienstalterszulagen unseren Junglehrerbrüdern zu Hilfe eilen. Wir bedauern deshalb, daß keine gesetzliche Möglichkeit vorhanden ist, auch die etatsmäßigen Volks- und Fortbildungsschullehrer zur Mitarbeit heranzuziehen.

Das, was ich hier als Forderung ausgesprochen, ist in hunderten von Fällen in praktischer Solidarität bei der Arbeiterbüchse zur Durchführung gekommen. (Sehr richtig!) In diesen Betrieben hat die Arbeiterschaft, um Entlassungen von Kollegen zu verhindern, einer bedeutenden Einschränkung der Arbeitszeit ausgetümmelt, wobei sie einen Teil der Last des Lohnausfalles übernommen muß. Der Weg geht hier aber über die Verkürzung der Arbeitszeit, im Endresultat ist es aber die Lösung des gleichen Problems, das durch die Heranziehung von Dienstalterszulagen im Lehrberuf gelöst werden soll. Da aber die Heranziehung der Dienstalterszulage eine Verfestigung der Regierung aus, daß die Benützung der Dienstalterszulage auf möglichst kurze Zeit beschränkt werden soll. Wir fügen uns hierbei die Erläuterungen in Ziffer 2 der Vorlage, wo darauf hingewiesen wird, daß bei völliger Lehrerbetriebelung der Lehrerbildungsanstalten etwa 500 000 RM. frei werden und dann die Möglichkeit eintritt, die Dienstalterszulage sperrung wieder aufzuheben. Damit wollen wir zugleich sagen, daß, wenn noch andere Mittel durch Einparungen im Haushaltsplan flüssig gemacht werden können, die Aufhebung der Sperrung der Gehaltszulagen die erste Handlung sein soll.

Die Behebung der Junglehrernot muß auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, daß der badische Staat in seinen Einnahmen so unabweislich beschränkt ist, daß er leider nicht anders zur Behebung der Not kommen kann, als wie durch

starke Einparungen bei einzelnen Etatsposten

und durch die Heranziehung der Lehrerbüchse selber. Wenn also die Heranziehung eines Teils der Lehrerbüchse auch als Härte empfunden wird, so muß man dem doch entgegenstellen, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um einen Privatunternehmer handelt. Die Institution, die durch die Sperrung des Zugangs geschlossen wird, ist Eigentum des badischen Volkes und der Arbeitgeber jener Lehrer, die finanziell von den Maßnahmen betroffen werden, ist das badische Volk. Und in diesem badischen Volk sind hunderte tausende Volksgenossen vorhanden, die in bitterer Not und Elend leben, am mindesten aber mit recht kümmerlichen Einkommensverhältnissen rechnen müssen.

Der überwiegende Teil des badischen Volkes ist außerdem nicht einmal geschäftig vor völliger Arbeitslosigkeit und der größte Teil, so sehr der beamtete Teil der badischen Bevölkerung außerordentlich wertvoll ist, hat keine Arbeitslosigkeit zu befürchten und braucht keine Arbeitslosenversicherungsbeträge bezuzahlen. Sein Einkommen ist gesichert. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, stimmt deshalb die sozialdemokratische Forderung dem geforderten Ermäch-

tigungsgesetz zur Bekämpfung der Junglehrernot zu. Sie gemährt das Ermächtigungsgesetz auch noch deshalb, weil die durchzuführenden Maßnahmen verwaltungsrechtlicher Art sind, daß sich das Vorgehen nicht in Form eines Gesetzes in alle Einzelheiten hinein regeln läßt. Sie sieht in der Bestimmung des Ermächtigungsgesetzes, daß die erlassenen Verordnungen dem Landtag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen sind und auf Verlangen des Landtages aufgehoben werden müssen, Garantie genügend, das Vorgehen der Regierung in allen einzelnen Teilen der Durchführung der Maßnahmen kontrollieren zu können. Mit dem Ermächtigungsgesetz wird das Ziel erreicht werden, durch Einparungen am Etat einige hundert arbeitslose geistige Arbeiter in Verdienst und Tätigkeit zu bringen. Es brauchen also neue Einnahmen nicht geschaffen werden und so geloben ist die Annahme des Gesetzes eine Tat. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Auf Antrag des Abg. Baumgartner wird endlich um 8 Uhr abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag vormittag halb 9 Uhr festgesetzt.

### Gedächtnis für Hermann Müller

In der Fraktionsführung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ergriff Gen. Rüdert das Wort, um des heimgegangenen Parteivorsitzenden Hermann Müller zu gedenken. Er würdigte seine Verdienste um Land und Volk in schwerster Zeit, die sich der Verborene als Parteiführer wie als Reichstagsler und Minister erworben hat. Mit ihm sei einer der Besten der Partei von uns gegangen.

Die bad. Landtagsfraktion wird bei so früh Verstorbenen stets in Ehren gedenken.

### Aus aller Welt

#### Der Prozeß wegen angeblicher Kindervertauschung

EM. Gladbach, Rhend, 25. März. Vor der Zivilkammer des hiesigen Landgerichts stand dieser Tage in dem Prozeß wegen angeblich im hiesigen Wöhnerinnenheim vertauschten Kinder der Familien Beuth und Donk Termin an. Es handelte sich um eine Feststellungsklage des Vaters Beuth, daß der 11jährige Sohn, der in der Familie Donk erzogen worden ist, der Sohn seiner Frau sei. Der Anwalt des Klägers überreichte dem Gericht ein Gutachten eines Hamburger Nahrungst, der an Hand umfangreicher Kieferunterstützungen feststellte hat, daß die Kieferbildung des elfjährigen jungen Beuth mit der der Familie Donk kongruent sei, so daß tatsächlich eine Vertauschung der beiden Kinder vorgekommen sein müßte. Das Gericht verlegte die Entscheidung, da der Anwalt des Klägers noch weitere medizinische Gutachten, vor allem auch von der medizinischen Fakultät in Bonn einholen will.

#### Jepelin jahrlar

Die Fülluna des Luftschiffes „Graf Zepelin“ ist beendet. Das Luftschiff liegt jahrlar in der Friedrichshafen Halle, Am Samstag, den 28. März, findet der seit langem vorgesehene Landungsflug nach Budapest statt.

#### Das Hakenkreuz im jüdischen Krankenhaus

Ein junger Mann in Köln sollte im israelitischen Asyl zur Behandlung aufgenommen werden. Er erkrankte, geschmückt mit einem fast handgroßen Hakenkreuz. Man weigerte sich, ihn in diesem Schmuck aufzunehmen und verlangte von ihm, daß er mindestens vorher das prosoziierende Hakenkreuz ablege. Der Hakenkreuzheld spielte gegenüber der Krankenschwester den starken Mann — bis er abgewiesen wurde. Am anderen Tag erkrankte er wieder, diesmal ohne Hakenkreuz, aber in Begleitung seiner Mutter, die gute Worte für ihn einlegte. Nun wurde er aufgenommen und nun kann er sich von jüdischen Ärzten in einer jüdischen Anstalt, betreut von jüdischen Schwestern, kurleren lassen. In der Not wissen er und seinesgleichen den Weg zu den Juden zu finden, die sie sonst beschern!

#### Tegner gefleht endgültig den Mord ein

Regensburg, 25. März. Die Justizresselle teilt mit: Der wegen Mordes zum Tode verurteilte Kurt Tegner hat heute zuerst dem Richtermeister des Gerichtsgeländes und dann dem Richter ein Geständnis abgelegt. Er gibt an, einen Wänderbüchsen in der Nähe von Reichenbach im Vogtland in sein Auto aufgenommen zu haben. Etwa 20 Kilometer vor Sohnschmabach (Oberpfalz) habe er angehalten. Beide seien dann aussteigen. Da ihm die Gelegenheit zur Ausführung des Mordes einflüß erschienen, da der Wänderbüchse über Kälte klagte. Tegner habe seine Arde Heißdecke ausgepackt und den Wänderbüchsen so in die Decke eingeschüßt, daß auch die Arde eingeschüßt waren. Dann habe er eine starke Schauer aus der Tasche genommen, dem Wänderbüchsen um den Hals gelegt und ihn dann erwidert. Bei Mariaort (bei Regensburg) habe er die Leiche verbrannt, nachdem er sie vorher auf den Führersitz gelegt habe. Den Namen des Ermordeten will Tegner nicht wissen. Die Angaben über die Person werden nachgeprüft, so daß Aussicht auf Ermittlung derselben besteht.

#### Todesurteil im Saffran-Prozeß

Barrenheim, 25. März. Im Morbprozeß Saffran verurteilte das Gericht heute in später Abendstunde folgendes Urteil: Gegen Saffran und Kipnik wird auf Todesstrafe und je 12 Jahre Zuchthaus erkannt. Ella Augustin wird zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt, wovon 6 Monate durch die Unterjuchungshaft als verbüßt gelten. Johann Augustin wird zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon ein Monat durch die Unterjuchungshaft als verbüßt gilt. Die übrigen Angeklagten Red, Schieblowitz und Knapp werden freigesprochen.

#### Schüler in der Reichswehrkaserne

EM. Lübeck, 25. März. Bei einem Besuch der Untertertia des hiesigen Johannes unter Führung ihres Lehrers in der Kaserne des hiesigen 2. Bataillons des Infanterieregiments 6 ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. In der Kasernenmeister der Schülern Erläuterungen an einem Maschinengewehr gab, aus bisher noch nicht geklärten Gründen plötzlich ein im Lauf stehender scharfer Schuß. Das Geschöß traf einen Schüler in die Hand, einen zweiten in den linken Oberschenkel. Die Verwundung des Letzteren ist lebensgefährlich. Das Standortkommando Lübeck hat eine Untersuchung des Unfallsfalls eingeleitet.

### Volkswirtschaft

#### Nachprüfung der Härten im Tabakgewerbe

Im Steuerausfluß des Reichslags wurde eine Entscheidung angenommen, durch die die Reichsregierung ersucht wird, die sich bei Durchführung der im Kapitel 3 der Verordnung vom 1. Dezember (Tabaksteuer) vorgesehenen Entschädigungen für das Tabakgewerbe erhebenden Härten zu prüfen und auszugleichen.

Gewerbetreibende und Sozialdemokratie — ein äußerst interessantes Thema behandelte I. St. Reichstagsler a. D. Dr. R. Pfeiffer auf dem Verhandlung der Handels- und Gewerbetreibenden und freien Berufe in Berlin. Der Vortrag fand in weiten Kreisen der Wirtschaft und Politik tiefste Beachtung, so daß es befragt wird, daß dieser Vortrag nimmer in Verlag Handel und Gewerbe, Leipzig, 61. im Druck erschienen ist, was nun diesbezüglich interessierten Kreisen vermuthlich Beantwortung geben wird, sich die kurze 19 Seiten umfassende Schrift anschaffen.



# Die Aussperrung bei Haid & Neu

## Achtung! Metallarbeiter, Holzarbeiter, Lackierer, Arbeiterinnen!

Die Firma Nähmaschinenfabrik Haid u. Neu versucht mit allen Mitteln Streikbrecher anzuwerben. Um dieses zu erreichen, hat sie in der Fabrik ein Streikbrecher-Büro eingerichtet. Nach allen Windrichtungen verleiht sie im Umkreis der Fabrik folgende Schriftstücke folgenden Inhalten:

Sollten Sie bereit sein bei uns zu den Bedingungen des Karlsruher Tarifs und seinen Zulagevereinbarungen in ein Arbeitsverhältnis zu treten, stellen wir Ihnen anheim, die beiliegende Karte einzuliefern.

Unser Vorschlag wird dann die Möglichkeit Ihrer WiederEinstellung prüfen.

Gleichzeitig hat die Firma eine fertig adressierte Karte mit ebenfalls aufgedruckter Bereitschaftserklärung zur Aufnahme der Arbeit bei der Firma Haid u. Neu bei, die folgenden Inhalt hat:

Ich bin bereit, bei Ihrer Gesellschaft eine Arbeitsstelle anzunehmen.

Wohlgemerkt sind die Bestimmungen des Kollektivabkommens für die Metallindustrie Mittelbadens, ferner der Tarifvertrag mit den weiteren Vereinbarungen lt. Schiedspruch vom 12. Januar 1931.

Es muß schon schon im Leben, wenn man zu solchen Mitteln greift und die Kosten hierfür nicht scheut, um auf solche Art Streikbrecher anzuwerben. In ihrer Verzweiflung geht sogar die Firma dazu über diese Schreiben und Karten selbst den auf ihrer Krankenliste sich meldenden Kranken und Familienangehörigen in die Hände zu drücken. Hilfe, was helfen mag! Die Herren Stein und Moos, die es abgelehnt haben, mit dem Betriebsrat in Verhandlungen vor der Aussperrung einzutreten, werden wohl bald merken müssen, daß Mittelbadens weder Ostpreußen noch Schleien ist. Die mittelbadischen Metall- und Holzarbeiter sowie Arbeiterinnen sind keine Null und finden es unter ihrer Würde, diesen Herren Streikbrecherarbeit zu leisten.

Metallarbeiter, Holzarbeiter und Arbeiterinnen geht der Firma die richtige Antwort, d. h. überhaupt keine, auf ihr Angebot an auch Streikbrecherdienste zu leisten. Die Stein und Moos haben ihre Belegschaft ausgesperrt, weil diese sich weigerte, ihre Verdienste immer mehr und mehr drücken zu lassen. Wenn die Firma durch die Schuld der Direktoren, bei dies die jetzige oder die früheren, überschuldet ist, so darf sie nicht glauben, daß ihre Arbeiter und Arbeiterinnen halb umsonst arbeiten, weil dieses Mittel, eine Firma zu lancieren, ständig fehlschlagen hat. War es doch einer der größten Wirtschaftsführer, F. o. b., der diesen Herren folgende Worte ins Stammbuch geschrieben hat:

Lehnabhängige kann der dümmste Kerl von Unternehmer machen, dazu braucht einer kein Genie zu sein. Aber wenn er glaubt, damit seinen Betrieb zu retten, dann sollte er besser heute wie morgen abhauen, denn der hat keinen Beruf ganz bestimmt verfehlt.

Diese Worte sind groß aber wahr. Andererseits werden die Herr-

schaften schon merken, daß ihre Bemühungen, Streikbrecher und Streikbrecherinnen zu erhalten, fruchtlos sein werden.

### Achtung Kolleginnen und Kollegen der Firma Haid u. Neu

Die AGD treibt, wie schon gestern mitgeteilt, ihr Unwesen mit den Aussperrungen. So hierdies sie sich gestern früh mit einer Einladung an die Aussperrten zu einer „Massenversammlung“ im Saalbau an. In der „Massenversammlung“ blieb aber die Masse der Aussperrten weg und so soll und wird es auch in Zukunft bleiben.

Kolleginnen und Kollegen, laßt diese Elemente unter sich, denn wenn es aufs Schreiben und Abzählendelchen anläuft, dann hätten sie die Welt schon längst aus den Angeln gehoben. Folgt nur den Parolen eurer Organisationen und der des Betriebsrates, Versammlungen, die notwendig sind, werden von den Organisationen und dem Betriebsrat einberufen. Nur diesen Einladungen leistet Folge. Die Einheit der Organisation geht uns über alles. Nur die Aussperrten und niemand anders entscheiden, unter welchen Bedingungen verhandelt und die Arbeit wieder aufgenommen wird. Von allen andern verbitten wir uns jede Einmischung.

Die Verwaltungen  
Deutscher Metallarbeiter-Verband  
Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### „Massenversammlung“ der AGD für die Aussperrten der Firma Haid u. Neu

Mittwoch vormittags verteilten ungefähr ein Duzend AGD-Leute Einladungen für eine Massenversammlung der Aussperrten von der Firma Haid u. Neu. Die Versammlung war einberufen auf normmittags 11 Uhr in den Saalbau.

Die Einladung selbst strokte — wie üblich — von Gemeinheiten und Beleidigungen. Was will man auch von diesen Leuten mehr verlangen, da ihr Geist ja nicht weiter reicht? Wo Dummheit Kraus ist, kann man mit dem besten Willen nichts Geistreiches verlangen. Dem Inhalt entsprechend war natürlich auch der Empfang der Einladungen von den Aussperrten. Diese machten sich weidlich lustig über die Zettelverteiler und schickten sie mit den notwendigen Bemerkungen nach Hause.

Nun erwarteten die AGD-Leute einen Massenbesuch, 14 arbeitslose AGD-Mitglieder hatten sich prompt in der Versammlung ein; mit dem grössten Referenten waren es 15. Wer aber nicht kam, waren die Aussperrten. Kein Einziger folgte dem Ruf dieser Gemeinheitsverteiler. Man kann sich die ärgsten Wut dieser Leute vorstellen; aber wir können ihnen schon vorhersehen, daß sie bei der Belegschaft der Firma Haid u. Neu sich keine Vorbeeren holen werden. Wenn die Taten dieser Leute so groß wären, wie ihr Maul, dann wäre die Situation für sie vielleicht eine andere.

So aber weiß die Arbeiterchaft zur Genüge, daß diese Leute nichts anderes sind, wie Steigbügelhalter des Kapitals, und deshalb werden sie entsprechend behandelt. Daß dies so bleibt, dafür wird die organisierte Arbeiterchaft schon sorgen.

Die Streikleitung.

## Gewerkschaftliches

### Die Feierschichtenklage der Eisenbahngewerkschaften

gegen die Reichsbahn kam am Dienstag vor dem Landesarbeitsgericht Dresden zur Berufungsverhandlung. Die Reichsbahnverwaltung war vertreten durch Rechtsanwalt Meißner-Berlin, die Arbeiterpartei durch Bezirksleiter Boellers und Geschäftsleiter Jacobs-Berlin. Die Entscheidung fällt am 31. März. — In der Verhandlung stellte sich Meißner als besonders gearteter Teilhaber des Reichsbahnbetriebs dar, durch den die Wirksamkeit des Tarifvertrags zu entscheiden. Demgegenüber betonten die Vertreter der Gewerkschaften, daß die Anerkennung eines solchen Standpunktes das Ende des kollektiven Arbeitsverhältnisses bedeute, da der Arbeitgeber alsdann jeden Tarifvertrag beseitigen könne, dessen Bestimmungen ihm nicht passen.

### Schiedspruch für Gemeindearbeiter

Im Lohnstreit für die rund 19 000 Gemeindearbeiter im Tarifgebiet Rhein-Main ist vom Zentralausschuss ein Schiedspruch gefällt worden. Er sieht folgende Regelung vor: Die gegenwärtigen Tarifstundenlöhne werden ab 1. April um 6 Prozent gehoben. Bei der Arbeitszeitverlängerung um 4 und mehr Stunden pro Woche bleibt es bei den alten Stundenlöhnen. Die Neuregelung kann erstmalig zum 30. September geändert werden. — Der kommunale Arbeitgeberverband, Sigs Frankfurt a. M., hatte einen Abbau der Grundlöhne um 8 Prozent und dazu einen Spruch liegt noch nicht vor. Seit Monaten arbeitet das Gros der hier in Frage kommenden Arbeiter bereits verkirat. — Zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband öffentlicher Verwaltungen und Betriebs und dem Gesamtverband ist eine Lohnführung um 4 bis 5 Prozent ab 1. April vereinbart worden.

### Auskünfte der Redaktion

E. S., Maxaustraße. Die Einzimmervohnungen unterliegen ebenfalls wie die anderen Wohnungen dem Reichsmietengesetz, nur sind sie vom Wohnungsmangelgesetz ausgenommen.  
R., Durlach. Es war uns leider nicht möglich, in Ihrer Angelegenheit etwas ausfindig zu machen.  
B. B. Eine Anmeldung hat beim Bezirksamt sowie bei der Steuerbehörde zu erfolgen.  
R. Sch. Die Sträucher dürfen Sie nicht herausreißen, aber es muß Ihnen dafür eine angemessene Entschädigung bezahlt werden. Lassen Sie durch Sachverständige den Wert abschätzen.  
Sandweier. Es wird gewährt: 1. Witwenrente in Höhe eines Fünftels des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, bei Erwerbsunfähigkeit der Witwe beträgt die Rente unter gewissen Voraussetzungen zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, 2. Rentenrente in Höhe eines Fünftels des Jahresarbeitsverdienstes bis zum vollendeten 15. Lebensjahre, in Ausnahmefällen länger, 3. Die Renten der Hinterbliebenen dürfen zusammen vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen.

### Vereinsanzeiger

Karlsruhe. Volkstheaterbund rel. Soz. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gartenhof des „Friedrichshof“ Lichtbildervortrag des Gen. Reich (Mühlheim): „Der internationale Hilfsdienst in den Leberichschwemmungsgebieten Südrheinlands“. Alle Friedensfreunde willkommen. Eintritt frei. 2556



# Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

e. G. m. b. H.

Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß die Auszahlung der **Rückvergütung für 1930** für unsere sämtlichen Verteilungsstellen in der Zeit vom **26. März bis 4. April** in der unten angegebenen Reihenfolge stattfindet:

Donnerstag, 26. März			Freitag, 27. März			Samstag, 28. März			Montag, 30. März		
Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit
Wilhelmstr. 51		9-12 vorm.	Zähringerstr. 63		9-12 vorm.	Gerwigstr. 29		9-12 vorm.	Kaiserstr. 6		9-12 vorm.
Rippurrer Str. 27	Roonstr. 28	2-5 nachm.	Schützenstr. 41		2-5 nachm.	Rintheimer Str. 18		9-12 vorm.	Rudolfstr. 24	Roonstr. 28	2-5 nachm.
Augartenstr. 91			Adlerstr. 45			Tullastr. 59			Lochnerstr. 17		
Winterstr. 39			Gartenstr. 1			Karl-Wilhelm-Str. 22			Waldhornstr. 31		
Rheinstr. 85	Gasthaus zu den 3 Linden Rheinstr. 14	9-12 vorm. 2-5 nachm.	Bachstr. 60		9-12 vorm.	Grünwinkel			Daxlanden, Turnerstr. 4	Karlsruher Hof, Pfalzstr. 13	9-12 vorm.
Moltkestr. 143			Brahmsstr. 8		2-5 nachm.	Märzcher Str. 8			Gaschhaus z. Schwaben, Hauptstr. 60		2-5 nachm.
						Grünwinkel, Durmersheimer Straße 83			In der Verteilungsstelle, Breitenstr. 214		In den Geschäftsstunden
									48 Durmersheim, Kaiserstr. 143		In den Geschäftsstunden
									In der Verteilungsstelle, Kaiserstr. 548		
Dienstag, 31. März			Mittwoch, 1. April			Donnerstag, 2. April			Samstag, 4. April		
Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit
Herrenstr. 14		9-12 vorm.	Augustastr. 8		9-12 vorm.	Nelkenstr. 25		9-12 vorm.	Sofienstr. 35		9-12 vorm.
Kacistr. 3		2-5 nachm.	Marie-Alexandra-Str. 35		2-5 nachm.	Bunsenstr. 9		2-5 nachm.	Kriegsstr. 208		9-12 vorm.
Leopoldstr. 2	Roonstr. 28		Boeckstr. 28			Geranienstr. 9			Hirschr. 70	Roonstr. 28	
Amalienstr. 9			Graf-Rhena-Str. 13			Yorkstr. 53 a			Scheffelstr. 6		
Knielinger Allee 2						Ettlingen, Kronenstr. 22					
Fogshelm, Rosenweg 197	Schwaben, Volkshaus	2-5 nachm.	Rippurr, Langestr. 1 a		9-12 vorm.	Ettlingen, Rheinstr. 45		9-12 vorm.	Knjeligen Hauptstr. 98	Gasthaus zum Bahnhof	9-12 vorm.
Mainstr. 17	Weberhof, Neckerstr. 82	9-12 vorm.	Gartenstadt, Auerstr. 81		2-5 nachm.	Ettlingen, Leopoldstr. 40		2-5 nachm.			
Eugen-Geck-Str. 60											

Um eine geordnete Durchführung der Auszahlung zu ermöglichen, bitten wir zu beachten, daß:

- als **Ausweis** nur die **Markensammelkarte für 1931** gilt,
- die Verteilungsstelle maßgebend ist, in der das Mitglied die Markensammelkarte für 1930 abgegeben hat,
- an Kinder unter 14 Jahren die Rückvergütung nicht abgegeben wird
- eine Rückzahlung von Aufwertungsguthaben in der oben angegebenen Zeit nicht stattfindet.

Wir bitten im Interesse der Mitglieder dringend, die oben angegebene Zeit einzuhalten.

Der Vorstand



# Aus dem Gerichtssaal

## Zwischenfälle mit politischem Hintergrund

Im Karlsruhe, 24. März. In nicht weniger als vier gegen ihn anhängigen Verfahren hatte sich heute der 24 Jahre alte vorbestrafte Diplomvolkswirt Herbert Heinze aus Karlsruhe vor der Strafkammer des Amtsgerichts (Einzelrichter Amtsgerichtsrat Kohler) zu verantworten. Im ersten Falle war der 47 Jahre alte verheiratete Steinbauer Adolf Fall aus Karlsruhe angeklagt. Es handelte sich um folgenden Sachverhalt: In der Nacht vom 18. zum 19. Oktober vorigen Jahres waren in der „Alteutschen Weinprobe“ in der Kaiserhalle eine Anzahl Gäste verammelt, unter denen sich auch Angehörige der NSDAP befanden. Gegen Mitternacht erschienen drei Polizeibeamte in Zivil, die im hinteren Teile des Lokals Platz nahmen. Sie wurden mit „Heil Hitler“ begrüßt, ließen diesen Gruß jedoch unbeantwortet. Es herrschte eine gespannte Stimmung und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Gästen und den Beamten, die die Beizunge der Nationalsozialisten mit den Rufern „Heil Hitler“, „Heil Reich und Heil Moskau“ erwiderten. An den Auseinandersetzungen beteiligte sich auch der Angeklagte Heinze, der die Bemerkung fallen ließ: „Es sind Kriminalbeamte hier. Wir brauchen keine Stihel, man kennt ja diese Gauner.“ Diese Äußerung wird von dem Angeklagten bestritten. Die Beamten verließen darauf die Wirtschaft. Einige der Gäste unter Führung Heines folgte ihnen. Vor der Wirtschaft entspann sich eine Schlägerei, in deren Verlauf Fall von einem der Beamten die Kravatte herausgerissen bekam. Fall griff zum Messer und brachte einem Beamten eine leichte Verletzung am Kopfe bei. Es wurde schließlich der Notruf alarmiert, der die Ordnung wieder herstellte. Die Streitigkeiten hatten einen großen Menschenauflauf verursacht.

Im Verlaufe der Beweisaufnahme wurden 14 Zeugen gehört. Staatsanwalt Dr. Flad stellte in seinem Vordruck fest, daß auf beiden Seiten Anfechtungen vorgekommen sind. Es herrschte eine gespannte Atmosphäre, die durch provokierende Äußerungen erzeugt worden war. Er beantragte gegen Fall wegen Körperverletzung einen Monat Gefängnis und 10 M. Geldstrafe wegen Rufschädigung, gegen Heinze den er als verheirateten Menschen vom bürgerlichen Berufsstand bezeichnete, wegen Beleidigung und Rufschädigung einen Monat Gefängnis. Rechtsanwalt Rupp führte aus, daß nicht die Angeklagten, sondern die Polizeibeamten die Schuld an den Vorfällen tragen; sie gehörten auf die Antlagesbank. Die Angeklagten hätten in Notwehr gehandelt. Er beantragte Freisprechung.

Das Gericht verurteilte Fall wegen Körperverletzung zur 80 M. Geldstrafe, Heinze wegen Beleidigung zur 60 M. Geldstrafe; außerdem wurde wegen Rufschädigung und groben Unfugs auf 25 M. Geldstrafe erkannt.

Im folgenden Falle hatte sich Heinze wiederum wegen Beamteneleidigung zu verantworten. Am 12. November 1929 war in seiner eierlichen Wohnung ein Gerichtsozialist in Begleitung zweier Polizeibeamten erschienen, um eine Pfändung vorzunehmen. Die Beamten bezeichnete er als „fünferliche Leute“ und „Bauernlumpen“. Auf der Polizeiwache Goebstrasse beledigte er einen Hauptwachmeister mit der Äußerung: „Sie republikanisches A...“

loch, Sie können mich...“ Vom Angeklagten werden die beleidigenden Äußerungen in Abrede gestellt. Die Beamten befanden jedoch unter Eid, daß sie tatsächlich gefallen sind. Das Urteil lautete in diesem Falle auf 70 M. Geldstrafe. (In Worten: Siebzig Mark für derartige Beleidigungen, D. R.)

Im letzten Falle handelte es sich um einen Einspruch gegen einen Strafbefehl über 12 M. wegen groben Unfugs, gegen den Heinze Einspruch erhoben hatte. Er war in der Nacht zum 11. Oktober mit mehreren Gefinnungsfreunden in einem Kaffee in der Waldhornstraße, wo sie sich in Heilrufen ergingen, die von Andersgesinnten mit „Heil Moskau“-Rufen beantwortet wurden. Als letztere das Lokal verließen, fiel seitens der Nationalsozialisten die Äußerung: „Nun aber schmeißt hinaus!“ Bei der Ede Adlers- und Kaffeehölzer stießen die gemischten Gruppen aufeinander. Die Streitigkeiten arteten in eine Schlägerei aus, bei der Heinze verurteilt und einer seiner Geamer durch Messerhiebe verletzt wurde. Die Beteiligten wurden mit Strafbefehlen bedacht. Wie in den vorangegangenen Fällen beantragte Heinze, der wegen seiner herausfordernden Lebensart wiederholt vom Richter unter Androhung einer dreitägigen Haftstrafe zur Ordnung gerufen werden mußte, seine Freisprechung unter „selbstverständlicher“ Aufhebung der Kosten auf die Staatskasse. Die Beweisaufnahme ergab, daß Heinze bei der Schlägerei, wenn auch passiv beteiligt war. Demzufolge bestätigte das Gericht die durch Strafbefehl ausgesprochene Geldstrafe von 12 M. Der Angeklagte kündigte gegen sämtliche gegen ihn ergangenen Urteile Berufung an. Der Vater des Angeklagten, der sich nicht minder aufgeregt äußerte, wie sein Sohn, erklärte bei der Urteilsverkündung: „Für solche Urteile danken wir“, und mußte verurteilt werden. (Wir meinen die Öffentlichkeit, die republikanische Bevölkerung, hat weit, weit mehr Ursache, zu erklären, daß sie endlich für solche Urteile dankbar Richter danke. Die Red. des Volksfreund.)

## Veranstaltungen

Donnerstag, den 26. März 1931:

Badisches Landes-Theater: Der Mantel, Schwester Angelica, Gianni Schicchi. 8 Uhr.

Colosseum-Theater: Le Chic de Paris. 8 Uhr.

Städt. Volkstheater: Die Töchter von Neudorf, Zarathustra, Die Welt der Nationen, Ehrenloob, Kammer-Viertel, Die Schmach der Frau, Die Epitaph, Die Welt der Nationen, Ehrenloob, Kammer-Viertel, Die Schmach der Frau, Die Epitaph, Die Welt der Nationen, Ehrenloob, Kammer-Viertel, Die Schmach der Frau, Die Epitaph.

## Aus der Stadt Durlach

Jetzt ist er da!  
Der verbotene Trüffelfilm  
„Das dritte Reich“  
Der erst kürzlich von der Filmprüfstelle freigegeben wurde. Er läuft zum erstenmal in Süddeutschland im  
Proletarischen Kabarett „Der Rote Faden“  
am Samstag, 28. März, abends 8 Uhr, in der „Blume“ in Durlach. Man sichere sich heute noch eine Karte in den bekannten Verkaufsstellen, in Karlsruhe in der Volksfreundbuchhandlung, in Durlach bei Firma Paul Burdard, Hauptstraße. Die Freigabe des obengenannten Filmes hat keine Einschränkung des Programms zur Folge. „Naz und Moritz“ wird trotzdem verboten.

Sozialdemokratische Partei  
Mit Freude können wir konstatieren, daß in letzter Zeit der Besuch unserer Versammlungen ein guter war. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Genossinnen und Genossen in diesem Bestreben nicht erlahmen würden und auch die noch fehlenden sich einmal aufschwängen, mehr wie bisher Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen. Es muß einmal damit gebrochen werden — nur den Freitag zu besuchen, den Volksfreund zu lesen, zur Wahlurne zu gehen und dann die anderen die Arbeit machen zu lassen. In der jetzigen schweren Zeit brauchen wir unbedingt die tätige Mitarbeit jedes einzelnen Parteimitgliedes. Wir möchten die Parteimitglieder und Volksfreunde, die Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiterpartei erfragen, die am Freitag, 27. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Festhalle“ stattfindende Mitgliederversammlung der Partei reiflos zu besuchen. Genosse Weichmann - Karlsruhe wird sprechen über „Die politische Lage in Deutschland“.

Siehmart, Kindech und Fiedle, Aufzuchtene Tiere (Zahl) Käse 43, Kalbinnen und Rinder (Zugvieh) 16, Kälber 10, Betläufige Tiere (Zahl), Kühe 43, Kalbinnen und Rinder (Zugvieh) 16, Kälber 10, Betläufige Tiere (Zahl) Kühe, a) Milchkuhe, häufigster M. 550, niedrigster M. 450, häufigster M. 600; b) Zuchtkuhe, häufigster M. 540, niedrigster M. 400, häufigster M. 600, Kalbinnen, häufigster M. 450, niedrigster M. 420, häufigster M. 500, Kuhbinder, häufigster M. 250, niedrigster M. 200, häufigster M. 300. Als häufigster Preis gilt der für die bezeichnete Wertklasse am häufigsten (meisten) bezahlte Preis.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte  
Unter dem Einfluß des sehr stabilen europäischen Hochdruckgebietes ist für längere Zeit beiteres und trockenes Wetter zu erwarten. Von Tag zu Tag werden die Temperaturen durch Ausstrahlung leicht wieder allmählich ansteigen. Nachts steht derzeit noch leichter Frost bevor.  
Wetterausichten für Freitag, den 27. März 1931: Fortdauer der bestehenden Witterung.

**Kommen Sie!**  
Jetzt kaufen Sie günstig

**Damenspangen und Pumps** 9.50  
in neuen Modelfarben . . . 10.50

**Trottschuhe für Damen** 10.50  
geschmackvoll und bequem 14.50

**Herren-Halbschuhe** Rahmenarbeitsformen u. Modelle . 11.50

**Herrentourenstiefel** braun, extra kräftig . . . 11.50

**Kinder-Spangen- u. Halbschuhe** in größter Auswahl für jeden Geschmack und jeden Geldbeutel

**Waltz & Würthner**  
Karlsruhe, Ecke Kaiser- u. Lammerstr.

**Colloleum**  
Neu! 8 Uhr  
Pariser Revue  
**Le Chic de Paris**

**Modernes Eichen-Schlafzimmer**  
neu. - Es ist uns wieder mal gelungen, etwas ganz besonderes aufzutreiben zu können. Das Schlafzimmer ist im modernen Stil gehalten und besteht aus einem großen Schrank mit Auswärtigen, einem Spiegel, mit schönem Gestirn, 2 dazu passende Betten, 2 Nachtschrank, 1 Waschkommode mit echt weißem Marmor und großen Spiegelaufsatz, 1 Handtuchschrank, 2 Stühlen. Preis dieses Zimmers 399.- RM. Ihr Zimmer nehmen wir hierher zurück. Wenn Sie auch erst spät Möbel gebrauchen, so legen Sie Ihr Geld gut an!

**möbelhaus Carl Baum & Co.**  
Erdprinzenstraße 30  
K e i n Laden 25 100 Zimmer u. Küchen

**Badisches Landes-Theater**  
Donnerstag, 26. März  
1) 22 (Donnerstagmiete)  
Th.-Gem. 501-600

**Der Mantel**  
Ober von Buccini  
Dirigent: Schwarz  
Regie: Brühns  
Wittwickenbe: Pianf.  
Kant., Fißbach,  
Gabeltor, Winter,  
Bauer, Kurt, Hellmuth,  
Krauß, Rurr,  
Rothemann, Hibitus,  
Siggard.

**Sie auf:**  
**Schwester Angelica**  
Ober von Buccini  
Dirigent: Schwarz  
Regie: Brühns  
Wittwickenbe: Pianf.  
Kant., Fißbach,  
Gabeltor, Winter,  
Bauer, Kurt, Hellmuth,  
Krauß, Rurr,  
Rothemann, Hibitus,  
Siggard.

**Bernh. Müller**  
Kaiserstraße 207  
empfehlen  
**Offenbacher Lederwaren**  
zu billigen Preisen  
Reparaturen  
in best. Ausführung  
2230

**Eintracht**  
30. 3. 31  
Kammerkonzert,  
Philh. Orchester  
Lg. G. Brat, Paris  
Slehe Anschlagbullen!

**Kastatter Anzeigen**  
Sauptwochenmarkt in Kastatt  
verbunden mit Schweinemarkt, findet wegen  
Gefahrenbedrohung am  
**Mittwoch, den 1. April ds. Jg.**  
Kastatt, den 23. März 1931  
Der Oberbürgermeister  
Heener.

**TIETZ Lebensmittel**  
Stets frisch, Stets gut, Stets billig

Verkauf sowohl Vorrat!

Allg. Molkereibutter 1.48 Pfund 78	<b>Frische Fische</b>	Holl. Heringe . . . . . 10 Stück 58
Flomen-Schweineschmalz 80	<b>Kabliau</b> im Ganzen . . . . . 20	Räucherlachs 1. Stück 1/2 Pfd. v. 75 an
Deutscher Rahmkäse 50	<b>Kabliau</b> im Anschnitt . . . . . 22	Seelachs in Schellen . . . . . 1/2 Pfd. 40
(Gervais-Art) . . . . . 1.20	<b>Bratschellisch</b> . . . . . 22	Preiselbeeren ca. 1 Pfund - Elmer 50
Hildesheimer Rotwurst 1/2 Pfd. 50	<b>Kabliau-Filet</b> . . . . . 40	Stachelbeeren . . . . . 2 Pfund-Dose 75
Schlackwurst in Fettdarm 1/2 Pfd. 95	<b>Grüne Heringe</b> . . . . . 48	Gemischte Früchte 2 Pfund-Dose 95
Rippenspeer . . . . . 1.35	<b>Lachs</b> im Anschnitt . . . . . 1.25	
<b>Dragee-Eier</b> gefüllt, groß und klein . . . . . 35	<b>Peri-Hühner-Eier</b> . . . . . 25	
<b>Rote Zuckerhasen</b> . . . . . 1.00	<b>Fondant-Küken, Enten, Hasen</b> s. St. 25	
<b>Rahm-Hasen</b> . . . . . 1.40	<b>Oster-Eier</b> (Crème, Nougat, Marzipan) . . . . . 25	
<b>Kanad. Reinetten</b> 40 Pfund	<b>Alcira-Blondorangen</b> 95 Pfund	<b>Zitronen</b> 18 Pfund
<b>Teigwaren</b>	<b>Eier-Bruchspaghetti</b> 34	<b>Calif. Mischobst</b> Pfd. 65 48
<b>Backobst</b>	<b>Eier-Bruchmakaroni</b> 52	<b>Calif. Pflaumen</b> Pfd. 65 48
<b>Feinst. Weizenmehl</b> 1.18	<b>Eier-Makkaroni</b> 55	<b>Calif. Pfirsiche</b> . . . . . 80
<b>Cocosraspel</b> 42	<b>Eier-Gemüse-Nudeln</b> 45	<b>Pers. Aprikosen</b> . . . . . 65
<b>Haselnußkerne</b> 95	<b>Hartgrieß-Makkaroni</b> 38	<b>Calif. Apfelfringe</b> . . . . . 70
<b>Orangeat</b> 25		<b>Calif. Birnen</b> . . . . . 65
<b>Zitronat</b> 30		<b>Calif. Aprikosen</b> . . . . . 80

**Ämtliche Bekanntmachungen**  
Polizeiliche Verwarnung.  
Zur Ergänzung unserer Listen bitten wir alle diejenigen Personen, welche im Besitze sogen. gebührenpflichtiger Verwarnungsblätter des Bezirksamts - Polizeidirektion Karlsruhe über 1 M., 3 M., 5 M., und 10 M., mit den Nummern 2701 bis 2750 sind, daß ihr Blatt gegen eine Vergütung von je 1 M. sofort auf dem Bezirksamt - Polizeidirektion - Zimmer 45 - dem Bürooffizier abzugeben, bzw. einzulenden. Karlsruhe, den 24. März 1931.  
Bezirksamt - Polizeidirektion -

**Straßenkosten-Rückertrag**  
Auf Grund des § 22 des Ortsstraßengesetzes soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden:  
Die Eigentümer der an folgenden Straßenstrecken angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Straßenkosten zu erlegen:  
1. Buntstraße,  
2. Gottesauer Platz, Straße längs der Sübbleite,  
3. Gottesauer Platz, Straße längs der Westseite.  
Der Kostenvorschlag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus denen das Maß ihrer an die Straße anzuliegenden Grenzen und die Beitragshöhe zu ersehen ist, Nachgehungen des Straßengesetzes sowie ein Abdruck des Gemeindebeschlusses über die allgemeinen Grundzüge für den Beitrag der Grundeigentümer an den Straßenkosten liegen bis zum 4. April ds. Jg. auf dem Rathaus - Tiefbauamt - Zimmer Nr. 100 zur Einsichtnahme auf. Einwendungen gegen den beschlossenen Gemeindebeschluss sind bei Ausschlußpermeiden bis zum 11. April ds. Jg. hierher geltend zu machen.  
Karlsruhe, den 19. März 1931.  
Der Oberbürgermeister

**Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden**  
Das Heim soll Mitte April wieder eröffnet werden. Verleihungsbetrag bei 5 Nachtseiten mit tägliche Selbstzahler 4 RM. 50 Bq. für Koffen und auswärtige Selbstzahler 5 RM. Veröffentliche stundung wertmäßig von 8-10 Uhr bei unbes. Verwaltungsgedäude Zimmer Nr. 13  
Städtisches Krankenhaus Karlsruhe

**Landhaus Tannenhöhe Heubach i. O.**  
Bahnhofstation Wiehelsbach-Heubach bietet gelungene und körperliche Erholung jeder Art. Direkt am Walde gelegene herrliche Aussicht ins Gebirge. Freundliche Fremdenzimmer mit und ohne Veranda-Zentralheizung. Bad. Auf Wunsch Behandlung und Bestrahlung aller Art.  
Der Besitzer  
Heinrich Schell, prakt. Homöopath





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

26. März 1931  
1827 Komponist Ludwig van Beethoven, 1863 Sozialist Alexander Solowjow, 1888 russ. Schriftsteller Maxim Gorki, 1871 Kommune in Paris, 1872 Rebel und Liebknecht 2 Jahre Festung (Hochverrat), 1929 „Europa“-Brand im Hamburger Hafen.

### Bilanz des Lebensbedürfnisvereins

Bei den Genossenschaften muß bekanntlich immer mit offenen Karten gespielt werden, dafür sorgt schon das Genossenschaftsgesetz. Die Jahresabläufe der Genossenschaften können daher keine Verschleierung der wirklichen Verhältnisse sein, sondern aus ihnen widerspiegelt sich die Tätigkeit und der Stand der Genossenschaft in realer Form. Das beweist auch wieder der sechsten der Mitgliedschaft übergebene Geschäftsbericht des Lebensbedürfnisvereins Karlsruhe für das Jahr 1930. Um es vorweg zu sagen: Aus dem Bericht zu schließen, ist die ungeheure große Wirtschaftskrise auch an dem Lebensbedürfnisverein nicht spurlos vorbeigegangen, wenigstens soweit der

#### Umsatz

in Betracht kommt. Aber so stark die Krise wütet, war sie doch zu schwach, um den Verein auch nur im geringsten zu erschüttern. Daß der Umsatz um 167 000 M zurückgegangen ist, bedeutet angesichts der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung nicht allzu viel. Zieht man weiter in Betracht, daß infolge der geschwächten Kaufkraft auch eine Lebensvereinfachung vor sich gegangen ist und billigere Lebensmittel — wie z. B. anstatt vorher Butter, jetzt Margarine, anstatt vorher teureren Wein, jetzt billigere Weinorten — gekauft werden, so ist der Umsatzrückgang sehr begreiflich und kann sich gegenüber den Geschäftsergebnissen des privaten Handels sehen lassen, wo noch stärkere Umsatzrückgänge zu verzeichnen sind. Mengenmäßig haben sich die Umsätze beim Verein sogar noch erhöht. Der letztjährige Umsatz beträgt 7 835 000 M, also eine Summe, die am besten beweist, wie groß das Vertrauen der Karlsruher Lebensbedürfnisvereins in den Kreisen der Verbraucherschaft bleibt.

Der Grund- und Gebäudebesitz hat im Berichtsjahre wiederum eine Erweiterung erfahren. Außer der Betriebszentrale besitzt die Genossenschaft noch 15 eigene Grundstücke, von denen 14 bebaut sind. Der Wert der Grundstücke wird mit 627 500 M beziffert.

Im Berichtsjahre machte sich auch wieder eine Vermehrung der Verteilungsstellen notwendig. Die neuen Abgabestellen sind wie die übrigen Verteilungsstellen nach den Erfordernissen der Zweckmäßigkeit und Hygiene errichtet worden. Daß die Betriebszentrale auch im abgelaufenen Geschäftsjahre einen weiteren Ausbau erfordert hat, wird ebenfalls im Bericht vermerkt.

Die Verteilung der Ertrübrigung findet folgendermaßen statt: Rabatvergütung 4 Prozent, Rückvergütung 1 Prozent, zusammen also 5 Prozent vom Umsatz jedes einzelnen Mitgliedes. Außerdem ist zum erstenmal auch eine Verzinsung des Geschäftsanteils in Form eines Warengutschens von 5 Prozent des Geschäftsanteils vorgezogen.

#### Die Bilanz

beweist den recht guten finanziellen Stand des Vereins. Die bilanzmäßige Summe aller Vermögensbestände ist auf 2 618 985 M gestiegen. Die Prüfung der Vermögens- und Kapitaldarstellung ergibt, daß die Kreditoren im Verhältnis zu den Warenbeständen sehr klein sind, und daß die sonstigen Verpflichtungen einschließlich Kreditoren durch die angelegten Werte, Kassenbestände und Forderungen fast gedeckt sind. Das ist ein Beweis für die gute Liquidität und Kreditwürdigkeit des Vereins. Der Bericht konstatiert, daß die gesunde finanzielle Grundlage des Vereins dafür bürgt, daß er auch schwersten Stürmen Trotz bieten kann.

#### Die Steuerleistungen des Vereins.

Die Gegner der Konsumgenossenschaften behaupten immer und immer wieder, daß die Konsumgenossenschaften keine oder nur wenig Steuer bezahlen, daß sie außerordentliche Steuervergünstigungen genießen. Daß all diese Behauptungen mit der Wahrheit nicht übereinstimmen, zeigt u. a. auch die Steuerleistung des Lebensbedürfnisvereins. Er mußte im letzten Jahre ohne Kraftwagen- und Fleischsteuer den Betrag von 216 000 RM an Steuern

aufbringen. Geschäfte, die dieser „Steuervergünstigungen“ oder „Steuerbefreiungen“ haben, können sich die Gemeinde und der Staat, wie überhaupt alle Steuerfordernden Körperschaften recht viele wünschen.

Der Karlsruher Lebensbedürfnisverein kann mit der Entwicklung im letzten Jahre sehr zufrieden sein. Er hat aber auch als Preisregulator für die Karlsruher Verbraucherschaft gewirkt, eine Aufgabe, der er sicherlich sich auch in Zukunft widmen wird.

### Der Schwindel von dem Ueberfluß an Kleinwohnungen

Da und dort hört man, besonders von gewisser Hausbesitzerseite, daß kein Mangel an Wohnungen mehr vorhanden sei, im Gegenteil, es wäre ein Ueberfluß an Wohnungen, sogar an Kleinwohnungen, vorhanden. Auch in der Versammlung der Mietervereinigung am letzten Samstag wandte sich der Referent ganz entschieden gegen dieserlei unwahre Behauptungen. Eine Frau, die schon seit langer Zeit auf Wohnungssuche ist, schreibt uns zu diesem Kapitel:

Es ist geradezu empörend, wenn man lesen muß, daß Herr Wille die Behauptung aufstellt, es würden Kleinwohnungen leerstehen. Schon über ein Vierteljahr bin ich auf der Suche nach einer Zweizimmerwohnung, deren Miete erschwinglich ist. Es eine völlige Unmöglichkeit, eine solche Wohnung zu finden. Logaus, tauglich, treppauf und treppab und — ohne Erfolg. In der Hirschstraße wurde mir für eine Zweizimmerwohnung mit Mansarde 48 RM verlangt. Ebenfalls in der Hirschstraße für eine Wohnung, die ich mehr einem Stall gleich, 40 RM. Man könnte geradezu meinen über die Preissteigerung und unerschämten Forderungen. Unter diesen Umständen ist es unmöglich, eine Wohnung zu beziehen, in der man als Mensch leben kann. In der Leopoldstraße bewohnt ich mit einer Zweizimmerwohnung mit einem Baderraum. Für diese Mietwohnung wurden nicht weniger wie 85 RM Miete verlangt.

Das ist ja noch mehr wie Wucher! Derlei auf Ausbeutung der Mieter aussehende Hauseigentümer gehören bestraft. Wir sitzen

## Streifzüge durch die badische Politik

Ein recht interessantes Referat über die badische Politik hielt Gen. Landtagsabgeordneter Rüdert in der gestrigen Hauptversammlung der Sozialdemokratischen Partei. Er ließ die wichtigsten Vorgänge in der badischen Politik Revue passieren und präzisierete die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den einzelnen Tragen.

Gen. Rüdert leitete seine Ausführungen ein mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Landespolitik und verwies dabei auf Preußen, das als Hort und Stütze der Weimarer Verfassung eine so bedeutende Rolle spiele. Er verbreitete sich sodann über die Zusammenlegung des Landtages seit der letzten Wahl. Es sind auch neue Parteien eingeschlossen, während die Deutschnationalen sich als Stiefkinder der Stille betätigen. Die Nationalsozialisten brachten keine neue Note in den Landtag, denn das Schimpfen haben vor ihnen schon die Kommunisten bejagt.

Rüdert kam sodann auf die Regierungsbildung in Baden zu sprechen und reumühter tanz auf die Umstände, die zur Zusammenlegung der heutigen Regierung geführt haben. Als stärkste Partei beanspruchte das Zentrum eines der großen Ministerien, während die Liberalen selber Schattierungen glaubten, unbedingt Anspruch auf das Kultusministerium erheben zu müssen. Ihr Verhalten bei der Regierungsbildung war richtiges Schindluderpolitik. Bei der weiteren Betrachtung der einzelnen Parteien kam er sodann auf den Sozialistischen Volksdienst zu sprechen. Bei Abstimmungen kommen bereits immer die verschiedensten Auffassungen in dieser Fraktion zum Ausdruck. Die Deutschnationalen haben sich zu den reinsten Marionetten der Suabenberger entwickelt. Die Nazis spielen nicht die Rolle wie im Reichstag, ihre Reden sind immer von demselben Inhalt; denn ein Geschimpfe auf Sozialdemokraten und Juden ist an der Tagesordnung. Diese beiden Gruppen und der Youngplan sind nach ihrer Ansicht an allem Schuld. Die Kommunisten seien bei der Abstimmung meistens Einsiedler mit den Stülern und Suabenbergern, trotzdem sie dann und wann einander in den Haaren liegen. Das Zentrum hat durch den Tod seines Führers Dr. Schöfer einen schweren Verlust erlitten. Dr. Schöfer hat unstrittig ein großes Verdienst an der ruhigen politischen Entwicklung Badens und es wäre nur zu wünschen, daß die von ihm geprägte staatspolitische, demokratisch-parlamentarische und soziale Linie in keiner Fraktion so energisch eingehalten wird wie bisher. Die Wirtschafts- und Bauernpartei ist eigentlich aus sechs Parteien zusammengesetzt, denn jeder ihrer Vertreter hat besondere Interessen.

Nach Betrachtung der einzelnen Parteien wandte sich Gen. Rüdert dem

#### Etat

zu. Er hält es für zweckmäßig, daß der Etat nur alle 2 Jahre ausgestellt wird, schon aus Sparmaßregeln und weil die Regierung eine größere Beweisanstrengung hat. Viele Wünsche müßten bei dem diesmaligen Etat unberücksichtigt bleiben. Bei den Steuern ist zu berücksichtigen, daß der Landtag nur einen Einfluß auf die Landessteuern hat. Hervorgehoben zu werden verdient, daß im Etat an sozialen Ausgaben nicht gespart wurde, sondern einzelne Positionen konnten sogar noch erhöht werden. Wenn auch ein größerer Teil wie bisher an der Gebäudebesitzersteuer dem Wohnungsbau entzogen wurde, so ist dies dadurch ausgeglichen worden, daß für den Wohnungsbau eine große Anleihe bereitgestellt ist.

Der Landtag war natürlich genötigt, Einsparungen durchzuführen. Aber wo erspart wird, kommt sofort Protest von der Interessenten Seite. Wo eine Behörde aufgehoben werden soll, wird sofort dagegen Sturm gelaufen. Das Staatsinteresse verlangt Sparsamkeit und steht über den Interessen des Einzelnen. Wie es gemacht werden kann, erweist man aus der Organisation der Arbeitsgerichte und was hier geht, muß man auch bei den ordentlichen Gerichten durchführen können.

In zwei Manlarsinnern im 5. Stad, ohne Gas, Wasser und Licht, ohne Keller, und müssen 23 RM bezahlen. Das eine Zimmer hat sogar nur ein Fenster. Und trotz dieser Notstände hat Herr Wille die Stirne zu behaupten, es gäbe genug leerstehende Kleinwohnungen. Weil dieselben einfach nicht zu bezahlen sind, deshalb stehen sie leer, Herr Wille!

Der Notruf dieser Frau ist zwar nur eine Stimme von vielen. Die Wirklichkeit der Karlsruher Wohnungsverhältnisse sieht also schon anders aus, als wie man sie so gern von gewisser Hauseigentümerseite und auch vom Karlsruher Rathaus schildert. Auf dem Wohnungsmarkt verhält es sich gleichfalls wie auf dem Lebensmittelmarkt: Mehl und andere Lebensmittel genug, aber Millionen von Volksgenossen können sie nicht bezahlen! Wohnungen genug, aber sie können nicht bezogen werden, weil sie die Mehrheit des Volkes nicht bezahlen kann. Echt kapitalistische Zustände!

### Die Polizei berichtet:

#### Verkehrsunfälle

Gestern abend stießen an der Kreuzung Werder- und Wilhelmstraße zwei Personenkraftwagen zusammen, daß der durch die Werderstraße aus westlicher Richtung kommende Kraftwagen dem durch die Wilhelmstraße in nördlicher Richtung fahrenden Personenkraftwagen gegenüber das Vorfahrtsrecht verlor. Durch den Zusammenstoß wurde der eine der beiden Wagen zur Seite geschleudert und umgeworfen. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt, Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Ferner erfolgte gestern mittag Ede Kochs und Jollstraße ebenfalls durch Ausherdahlung des Vorfahrtsrechts ein Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einem Personenkraftwagen. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Motorradfahrer, der dem Personenkraftwagen gegenüber das Vorfahrtsrecht außer acht ließ, außerdem noch mit übermäßiger Geschwindigkeit gefahren. Das Motorrad wurde leichter, dagegen der Personenkraftwagen stark beschädigt. Der Motorradfahrer trug leichte Verletzungen davon.

Ein 12 Jahre alter Volksschüler erlitt gestern mittag dadurch einen Unfall, daß er sich an einen Anhänger einer durch die Zepellinstrasse fahrenden Zugmaschine anhing und in ein fahrendes Motorrad, indem er plötzlich hinter dem Anhänger herabsprang, hineinfiel. Der unvorsichtige Knabe trug eine Knöchelbruch davon und mußte mittels Krankenwagen in das Stadt Krankenhaus eingeliefert werden.

Ein Fuhrmann von hier, an dessen beladenem Fahrzeug gestern mittag ein Rad gebrochen war, sprang von dem fahrenden Wagen ab, wobei er sich eine Verstauchung und Wuterguß des rechten

Kneder kam des weiteren auf eine wichtige Arbeit des Landtages, nämlich auf das Ermäßigungsgezet zur Behebung der Zungelbrenntot zu sprechen, das er als eine Tat des Gen. Kemme bezeichnete. Er ging auf den wichtigsten Inhalt dieses Gesetzes näher ein und betonte, daß Döber leitens der Bezeichnung gebracht werden müssen, schon aus solidarischen Gründen für ihre jungen Berufskollegen. Im weiteren Verlaufe erwähnte Referent auch das skandalöse Verhalten der Heibelberger Studenten, insbesondere auch im Falle Gumbel, das sich alles gegen den Gen. Kemme richtete. — In der

#### Steuerfrage

vertrat Gen. Rüdert den Standpunkt, daß man die Gebäudebesitzersteuer nach und nach abbauen sollte, aber die anderen Realsteuern sollten bleiben. Die Gebäudebesitzersteuer ist aber auch ein Verhängnis für den Mieter, denn der Hausbesitzer hat durch diese Steuer noch mehr Gelegenheiten, auf den Mieter zu drücken.

Eine Reihe kleinerer politischer Dinge brachte Rüdert sodann vor, wie: Uniformverbot, neues Badisches Beamtengesetz, Feldbereinigungsgezet — letzteres erwies sich angesichts der großen Verfestigung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes als Notwendigkeit —, des weiteren das Sparfängengesetz, die für die badische Wirtschaft und die badischen Staat stärkere Beteiligung an der Badischen Bank usw. Am der Antragsabfertigung der Nazis und der Kommunisten zu begegnen, wurde die Geschäftsordnung dahin abgeändert, daß bei Anträgen mit Kostenveranschlagung auch zugleich für die Deckung der Kosten geordert werden muß. Die Anträge der Nationalsozialisten sind nur Sand in die Augen der Wähler gestreut. Zum Schluß hob Gen. Rüdert noch besonders hervor, daß die sozialdemokratische Fraktion stets aktiv mitgearbeitet habe. Als Beleg dazu habe bei ihr stets geäußert die soziale Ausgestaltung und die Festigung der demokratischen Republik. Das Referat fand allseitigen Beifall.

#### Die Ausprache

Was eine sehr ergebnisreiche und beteiligten sich an ihr die Genossen Kies, Herz, Fien, Köpfer, Hübler und Müller. Es wurden die verschiedensten Fragen behandelt, wie: Schulpolitik, Zungelbrenntot, die Volksschule in den Schulen, Kulturlpolitik usw. Ein Referent führte Klage über die unzulänglichen Räume im Staatsstadium und fordert dringend Abhilfe. Einen breiten Raum in der Diskussion nahm die Steuerfrage ein, insbesondere die Auswirkung der Steuern auf die Gemeindefinanzen. Der Standpunkt der Landtagsfraktion wurde dabei, daß nämlich zuerst die Gebäudebesitzersteuer nach und nach abgebaut werden sollte und die Realsteuer zu belassen sind. Die Senkung der Realsteuern auf Grund der Notverordnung bringe, wie Genosse Köpfer ausführte, für den Einzelnen keine Erleichterung und für die Stadt Karlsruhe eine Winterernte von 189 000 M. Über viel größer sei die Summe, die die Stadt Karlsruhe einbüßt infolge des geringeren Anteils an der Gebäudebesitzersteuer. Bei der Frage der Gebäudebesitzersteuer müsse immer wieder hervorgehoben werden, daß dieselbe vom konfessionalen Finanzminister Schlieben eingeführt wurde unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Im Schlußwort hob Gen. Rüdert ausdrücklich eine Anzahl in der Debatte vorgebrachten Fragen und rechtfertigte die Haltung der Fraktion zu denselben.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Versammlungsleiter Gen. Koch in tiefempfindenden Worten des Ablebens der Genossen Eugen Ged und Hermann Müller, wobei er besonders die großen Verdienste derselben für die arbeitende Bevölkerung würdigte. Die Versammelten erhoben sich zu ehrendem Gedenken dieser beiden alsu früh Verstorbenen von den Sitzen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung war die Wahl der Delegierten zur Reichstagskonferenz, worauf die sehr gut verkaufene Versammlung geschlossen werden konnte.

Fußknöchels zuzog und in das Stadt Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

#### Entworfene Fürsorgezöglinge

Aus einer Fürsorgeanstalt sind gestern zwei junge Mädchen im Alter von 20 und 17 Jahren entwichen. Die beiden Ausreißer wurden im Bulacher Wald in einem Reisighaufen verdeckt von einer Polizeistreife aufgefunden und wieder in die Anstalt zurückgebracht. Das eine der beiden Mädchen hatte sich bei der Flucht durch einen Sprung aus dem Fenster am linken Fuß erheblich verletzt.

#### Diebstähle

Gestern sind 3 Fahrräder gestohlen worden. In einem weiteren Fahrrad wurde die elektrische Lampe entwendet. Ein Fahrrad, vermutlich von einem Diebstahl her, ist aufgefunden worden.

#### Lichtspielhäuser

##### Kaiser-Theater

Der Fall des Generalstabsoberst Redl

Eine populäre historische Begebenheit aus dem Jahre 1913 liefert das Kaisertheater für den Abend ein interessantes Bild. Im Mittelpunkt der Ereignisse steht die Person des Egels der Rundschafferschele in Wien mit dem Namen Redl, a la „Derrball“ etc., der zuletzt russischer Geheimagent ist. Die Kosterie, Kaffine und Gesellschaft einer Dame der russischen Gesellschaft, die im, unterstützt durch allseitige Umstände, überführt, spielt eine nicht uninteressante Rolle. Eine spannende Handlung entwickelt sich. Die Darstellungsfähigkeit der russischen Schauspieler, die dem bereits bekannten Film „Front von Sibirien“ gleichwie eines Theodor Koss, bekannt als König Gunter in den Abteilungen, bürgen für gute Verankerung. Durch das Tempo einzelner Dialoge läßt die Ausprache leider etwas an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Anfangs ist man etwas verwirrt. Zerstört ist aber das ganze Ergebnis der Zusammenfassung auf gelungen. Trefflich sind die Geschehnisse wirklich untermauert, womit eine merkwürdige Zielvorgabe der dramatischen Wirkung erzielt wird. Einige hübsche Vedden sind in die Handlung eingewoben. Eine Zeitungsbesprechung dieser Aufführung findet sich u. a. durch die Interpreten von Kaisertheater Wien, in der schönen blauen Donau, gelungen vom Wagnerkonzertverein Wien, mit Trödelbegegnung. Wunderbar die Aufführung der Donau wie auch der herrlichen österreichischen Metropolitan, Genossen, Jubel von märchenhafter Pracht geben an weiteren Tagen vor. Diese Illustration zur Melodie erreicht eine Vertiefung in dem musikalischen Adrenalin dieses unerschöpflichen Wagners; kurzum ein Gemisch seltener Art. — Auch der Beifall betrafte allgemein. — P.

#### Wasserstand des Rheins

Rhein 175, aelt. 5; Waldshut 251, aelt. 5; Schaffhausen 246, aelt. 8; Rehl 374, aelt. 10; Mainz 568, aelt. 8; Mannheim 506 aelt. 8; Bontmelter.



Die schönsten Anzüge und Mäntel 35.- 48.- 50.- 60.- 70.- / Julius Löwe Werderplatz 25

Gautag des Arbeiter Rad- und Kraftfahrerbundes „Solidarität“

am 22. März 1931 in Forstheim. Gauleiter Konrad Feineis-Mannheim eröffnet den Gautag, dessen Aufgabe es ist, die Arbeit des Bundes für die nächsten 3 Jahre festzulegen. Er bittet die Delegierten, diese Arbeit in schlichter, kameradschaftlicher „Freundschaft“...

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Not und Elend sind die Begleiterscheinungen zu unserem Gautag in Forstheim. Aber trotz der traurigen ersten Zeit, ist es bei uns im Gau 22 vorwärts gegangen. Auf dem Gautag 1928 in Kaiserslautern konnten wir rund 7000 Mitglieder...

der, wie alle anderen Berichte im Druck vorlag. Wenn wir auf die vergangenen 3 Jahre zurückblicken, so liegt bestimmt sehr viele Arbeit hinter uns. Am letzten Gautag in Kaiserslautern begannen schon die Vorbereitungen zur Austragung der Gaumeisterschaften 1928, welche Pfingsten in Kaiserslautern abgehalten wurden.

in der sich alle Redner mit den erstatteten Berichten einverstanden erklärten, zum Ausbau der Draamaktion, besonders der Jugendbewegung, wertvolle Anregungen gaben und Wünsche in agitatorischer Hinsicht vorbrachten. In seinem Schlusswort antwortete Genosse Feineis den Diskussionsrednern: Im Vordergrund hat die Einheit im Bund, die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung zu stehen.

Referat des Bundesvorsitzenden, Genossen Niemann, über die Lage im Bund. Er gab einen zahlenmäßigen Überblick über die letztjährige Entwicklung des Bundes, der sich bei einer Zunahme von rund 14 000 Mitgliedern auf weit über 220 000 Mitglieder entwickelt hat.

Wahl der Gauleitung. Als Gauleiter wurde ohne Debatte Genosse Feineis-Mannheim wiedergewählt. Zum Gauportaleiter wurde ebenso Genosse Volk-Mannheim wiedergewählt. Die Genossin Lydia Rottweiler-Mannheim wurde mit der Jugendleitung beauftragt und als Jugendleiterin gewählt.

Unter dem nächsten Punkt wurden eine große Anzahl organisatorischer Anträge erledigt, die die sportliche sowohl die innerorganisatorische Arbeit betreffen, bzw. verbessem sollen. Der nächste Gautag soll in Speyer im Eigenheim des Bundes stattfinden.

Als Gauleiter wurde ohne Debatte Genosse Feineis-Mannheim wiedergewählt. Zum Gauportaleiter wurde ebenso Genosse Volk-Mannheim wiedergewählt. Die Genossin Lydia Rottweiler-Mannheim wurde mit der Jugendleitung beauftragt und als Jugendleiterin gewählt.

Unter dem nächsten Punkt wurden eine große Anzahl organisatorischer Anträge erledigt, die die sportliche sowohl die innerorganisatorische Arbeit betreffen, bzw. verbessem sollen. Der nächste Gautag soll in Speyer im Eigenheim des Bundes stattfinden.

Als Gauleiter wurde ohne Debatte Genosse Feineis-Mannheim wiedergewählt. Zum Gauportaleiter wurde ebenso Genosse Volk-Mannheim wiedergewählt. Die Genossin Lydia Rottweiler-Mannheim wurde mit der Jugendleitung beauftragt und als Jugendleiterin gewählt.

Unter dem nächsten Punkt wurden eine große Anzahl organisatorischer Anträge erledigt, die die sportliche sowohl die innerorganisatorische Arbeit betreffen, bzw. verbessem sollen. Der nächste Gautag soll in Speyer im Eigenheim des Bundes stattfinden.

Als Gauleiter wurde ohne Debatte Genosse Feineis-Mannheim wiedergewählt. Zum Gauportaleiter wurde ebenso Genosse Volk-Mannheim wiedergewählt. Die Genossin Lydia Rottweiler-Mannheim wurde mit der Jugendleitung beauftragt und als Jugendleiterin gewählt.

Unter dem nächsten Punkt wurden eine große Anzahl organisatorischer Anträge erledigt, die die sportliche sowohl die innerorganisatorische Arbeit betreffen, bzw. verbessem sollen. Der nächste Gautag soll in Speyer im Eigenheim des Bundes stattfinden.

Als Gauleiter wurde ohne Debatte Genosse Feineis-Mannheim wiedergewählt. Zum Gauportaleiter wurde ebenso Genosse Volk-Mannheim wiedergewählt. Die Genossin Lydia Rottweiler-Mannheim wurde mit der Jugendleitung beauftragt und als Jugendleiterin gewählt.

Unter dem nächsten Punkt wurden eine große Anzahl organisatorischer Anträge erledigt, die die sportliche sowohl die innerorganisatorische Arbeit betreffen, bzw. verbessem sollen. Der nächste Gautag soll in Speyer im Eigenheim des Bundes stattfinden.

Als Gauleiter wurde ohne Debatte Genosse Feineis-Mannheim wiedergewählt. Zum Gauportaleiter wurde ebenso Genosse Volk-Mannheim wiedergewählt. Die Genossin Lydia Rottweiler-Mannheim wurde mit der Jugendleitung beauftragt und als Jugendleiterin gewählt.

Unter dem nächsten Punkt wurden eine große Anzahl organisatorischer Anträge erledigt, die die sportliche sowohl die innerorganisatorische Arbeit betreffen, bzw. verbessem sollen. Der nächste Gautag soll in Speyer im Eigenheim des Bundes stattfinden.

Als Gauleiter wurde ohne Debatte Genosse Feineis-Mannheim wiedergewählt. Zum Gauportaleiter wurde ebenso Genosse Volk-Mannheim wiedergewählt. Die Genossin Lydia Rottweiler-Mannheim wurde mit der Jugendleitung beauftragt und als Jugendleiterin gewählt.

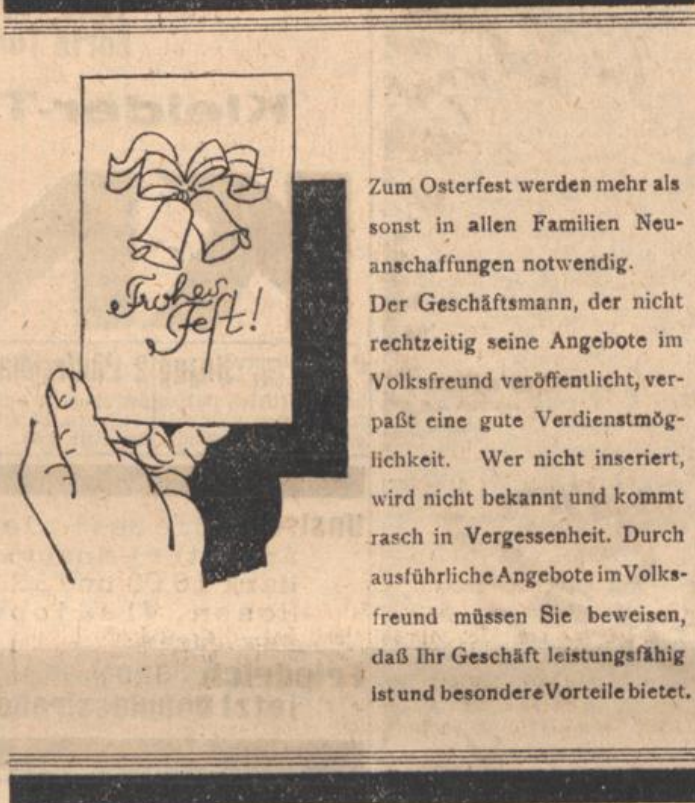
Unter dem nächsten Punkt wurden eine große Anzahl organisatorischer Anträge erledigt, die die sportliche sowohl die innerorganisatorische Arbeit betreffen, bzw. verbessem sollen. Der nächste Gautag soll in Speyer im Eigenheim des Bundes stattfinden.

Kleine bad. Chronik

Brand in Weingarten. Weingarten, 25. März. Heute nacht kurz vor 11 Uhr brach im Hause des Schmiedemeisters Dichter auf bis jetzt noch ungesähter Weise Feuer aus. Die freiwillige Feuerwehr war bald mit ihrer neuen Motorpumpe zur Stelle und fand Scheune, sowie ein Teil des Wohnhauses bereits in hellen Flammen.

\* Stupserich. Gestern vormittags wurde der Korarbeiter Künstler von hier auf dem Feldwege Stupserich-Gewinnweg, nach seinem Fuhrwerk legend, tot aufgefunden. Er war am Abend zuvor von Langenscheidt nach dem Hakenhof unterwegs gewesen, wo dort jedoch nicht zurückgekehrt. Sein Fuhrwerk war einen hohen Hübel hinaufgefahren. Während das eine Pferd erst aus seiner Schwierigen Lage unter der Deichsel befreit werden mußte, hatte das andere Pferd sich losgerissen und weidete auf einem Acker in der Nähe. Da der Wagen etwa 200 Meter von der eigentlichen Fahrstraße gefunden wurde, steht noch nicht fest, ob es sich um einen Unfall oder ein Verbrechen handelt.

Redagiermünd. Am Montagabend rannte in der Weidenbacher Landstraße ein heutiger Motorradfahrer, der einen Bekannten auf dem Sossus mitgenommen hatte, mit dem Fahrrad gegen eine Mauer. Während der Fahrer des Rades ohne größere Verletzungen davonkam, erlitt der Beifahrer einen Schädelbruch, der



seine Ueberführung in die Klinik nach Heidelberg notwendig machte, wo er bald nach seiner Einlieferung starb. Er hinterläßt eine Frau mit drei Kindern.

\* Graben. Der 20jährige Landwirtssohn Otto Kammerer, der mit dem Abdecken des Schuppens beschäftigt war, stürzte auf den gepflasterten Hof und blieb mit schweren inneren Verletzungen bewußtlos liegen. Sein Zustand ist bedenklich.

\* Küssheim (Amt Berthelm). Der Landwirt und Malzer Lubnia Friedrich verlor sich unglücklich unter seinen mit 50 Zentnern beladenen Kartoffelwagen, daß der Tod sofort eintrat. Die Witwe und 8 Kinder trauern um den Ernährer.

\* Griesheim, Amt Offenbura. Der verheiratete Landwirt Heine. Deneke fuhr zwischen Griesheim und Buhl mit seinem Motorrad auf ein Mühlradwerk auf und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhaus Offenbura gestorben ist.

\* Gengenbach. Zur Schlußfeier der Volksschule, die am Montag nachmittags in der Turnhalle stattfand, hatten sich die Schüler, die Schüler mit ihren Eltern und eine große Anzahl Schulfreunde eingefunden. Herr Oberlehrer S. Jäger begrüßte die flüchtige Schulausgabe und dankte für die verständnisvolle und fördernde Mitarbeit der Behörde und der Eltern. An die zu entlassenden Schüler richtete er beherzigungswerte und mahnende Worte für ihren weiteren Lebensweg.

\* Willhalm. In der vergangenen Nacht sprang beim Wehr die in den 50er Jahren lebende, seit Jahren lebende Frau M. in einem Anfall von Schwermut in die Rinne und rief dann um Hilfe. Es gelang ihr schließlich, sich bis zum Rechen des Elektrizitätswerks hinzuarbeiten und dort festzuhalten, wo sie dann von hilfsbereiten Leuten herausgeholt wurde.

\* Linz. Beim Gasthaus am „Grünen Baum“ scheute das Pferd des Gemeindeführers Friedrich Schreier von Diersheim und rannte davon. Schreier wurde vom Wagen geschleudert. Beim „Offen“ blieb der Wagen an einer der Schuppenjähnen hängen und brach entzwei, wobei das Tischchen, das noch auf dem Wagen lag, ebenfalls herabgeschleudert wurde. Vater und Kind kamen glücklicherweise mit leichten Schürfwunden davon. Das Pferd rannte mit der norderen Wagenhälfte weiter und konnte erst beim Pfarrhaus einzuhalten werden.

\* Freiburg i. B. Die zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilten früheren Bankiers Bürcke und Herling wurden gestern vormittags mit dem Gefangenentransport zum Antritt ihrer Strafe nach Buchhof verbracht. Am Bahnhof hatten sich zahlreiche Neugierige eingefunden.

\* Kießlinger Schweinemarkt vom 25. März. Zufuhr: 50 Milchschweine; Preise: 25 bis 34 Mark pro Paar. Handel: lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, den 1. April.

fall Eckert. Wie verlautet, wird das Urteil des kirchlichen Verwaltungsgerichts, dessen Niederschrift mit der Darstellung des Tatbestandes über 40 Seiten im Umlaufformat umfakt, erst Ende dieser Woche den Parteien zugehen und also kaum vor Sonntag publiziert werden können. Vom Inhalt des Urteils ist bis jetzt nichts verlautbar.

Letzte Nachrichten

Minimalforderungschwindel über Braunschweig

Der SPD. meldet: Die Berliner Rote Fahne und ihre Abieger berichten in großer Aufmachung über einen „bedeutamen politischen Erfolg der SPD. in Braunschweig“. Dort will die kommunistische Partei die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gesungen haben, 18 sogenannte Minimalforderungen um den Preis eines Zusammengehens im Kommunalparlament anzunehmen. Die Braunschweiger Sozialdemokratie hätte sich verpflichtet, so poiaunt die SPD-Presse hinaus, das „Ultimatum der SPD. anzunehmen“. Die Sozialdemokratie habe damit „eine politische Kapitulation vollzogen“.

Dazu wird uns aus Braunschweig geschrieben: An diesem neuesten SPD-Sieg über die SPD. ist kein Wort wahr. Im Verlauf einer Besprechung zwischen Vertretern der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und der kommunistischen Partei legten die Kommunisten allerdings eine Reihe von Mindestforderungen vor, auf die einzugehen die sozialdemokratischen Vertreter aber von vornherein ablehnten, weil es sich um ganz demagogische Forderungen- und „Entlassungsanträge handelte. So war u. a. für die Erwerblosen eine Sonderunterstützung, die Besahlung der rückständigen Miete, die Lieferung von Hausbrand, die Besahlung für Gas, Elektrizität usw. gefordert worden. Die Erfüllung allein dieser Punkte hätte für die Stadt Braunschweig einen Kostenaufwand von rund 4 Millionen Mark im Jahr gefordert! Ähnlich sah es mit anderen Bedingungen aus, über die überhaupt nicht verhandelt worden ist, weil sie außerhalb jeder ernsthaften Diskussion standen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Stadt und im Lande Braunschweig haben es demgemäß abgelehnt, sich auf die von der SPD. geforderten Bedingungen festzulegen und es der SPD. überlassen, ob sie die aus SPD. und SPD. bestehenden Mehrheiten im Interesse der Arbeiterschaft ausnützen wollte oder nicht. Ohne weitere Verhandlungen hat dann die SPD. für die von der SPD. vorgeschlagenen Kandidaten bestimmt. So steht es in Wahrheit mit der Behauptung der kommunistischen Presse aus, daß die Braunschweiger SPD. „reflös vor den Forderungen der SPD. kapituliert“ hätte.

In Wirklichkeit verhält die kommunistische Presse ihren Lesern nur die Tatsache schmackhaft zu machen, daß die SPD. in Braunschweig es vor ihren Wählern nicht wagen konnte, etwa dieselbe Taktik wie bisher im Reich zu befolgen, nämlich durch Stimmenthaltung sozio die Ausschlag für die Wahl von Nazis in führende Kommunalfunktionen zu geben.

Neue Gärung in Indien

Die Folgen dreier Hinrichtungen

Bombay, 25. März. (Eig. Draht.) Die Hinrichtung von drei Indern in Lahore hat katastrophale Folgen hervorgerufen. Wider denn je ist im ganzen Lande die nationalistische Bewegung aufgeflammt. Aus allen Teilen Indiens und vor allem aus den großen Städten kommen Nachrichten über Trauerfeiern, die mit schweren Ausschreitungen und mit blutigen Kämpfen endeten. Die europäischen Geschäfte mußten geschlossen werden. Europäer wurden auf offener Straße angegriffen und ihre Wagen verbrannt. An zahlreichen Orten mußte Militär eingreifen.

Besonders heftig sind die immer noch andauernden Kämpfe in der Stadt Cawnpore, die zwischen Delhi und Ahabad liegt. In den hier stattfindenden Straßenkämpfen zwischen Demonstranten und Militär wurden bis jetzt 30 Ind. getötet und über 100 verletzt.

Besonders stark sind die Folgen der Hinrichtung auf den in Karachi versammelten und entscheidenden allindischen Kongress, der zu dem Friedensschluß Stellung nehmen soll. Die Opposition unter Neru ist härter denn je. Gandhi wird von der nationalistischen Jugend verfolgt und wo er sich zeigt, als Verräter angepöbeln.

Die Eröffnung des Kongresses ist auf Sonntag verzögert worden, ein Beweis, wie schwer die Lage für Gandhi und die Friedensanhänger geworden ist.

Stuttgarter Kommunistenkongress verboten

Das Stuttgarter Polizeipräsidium hat den von der kommunistischen Partei für den 28. und 29. März dieses Jahres geplanten sogenannten „Volkstagskongress“ in Stuttgart verboten, da diese Veranstaltung mit dem bis 8. April einstellig erlassenen Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel praktisch unvereinbar war und eine Verletzung der Berufsankunft auf die Zeit nach dem 8. April von der kommunistischen Partei abgelehnt wurde. Nach Erlaß des Verbotes haben sich die Kommunisten nun aber doch entschlossen, den Kongress auf den 11. und 12. April zu verschieben.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Freiengruppe Grünwinkel. Am Freitagabend spricht im Schulhaus Genosse Drollinger über „Kranken- und Unfallversicherung“. Am zahlreichen Erscheinen wird dringend gebeten.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsseiten. 24. März: Gottlieb Bidel, 62 Jahre alt, Ebemann, Amtsärzt, Beerdigung am 26. März, 13.30 Uhr. Rosa Jaber, 79 Jahre alt, Witwe, geb. Nidberbleh, Beerdigung am 27. März, 14.30 Uhr. Werner, 8 Jahre alt, Vater Emil Schmidt, Hilfsarbeiter, Beerdigung am 27. März, 14 Uhr. Sabina Jacobi, 66 Jahre alt, Witwe, geb. Brähle, Beerdigung am 27. März, 15 Uhr. — 25. März: Wilhelm Sun, 72 Jahre alt, Witwer, Maurer (Knielingen).

Redaktionsrat: Geza Schöpllin. Verantwortlich: Fohnt. Kreisrat Baden, Volksrechtlich. Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: 2. Gräberbaum, Landtag, Generalkonferenz, Partei, Neue badische Grenz, Aus Mittelbaden, Einlad. Gesamtdeutsche, Baden. Die Zeit der Frau, Germania Winter, Groß-Artikeln, Gemeindepolit., Soziale Bundschau, Sport und Spiel, Sozialistische, Amaloff, Deimat und Wandern, Auskünfte: Volk, Giese, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Orhaer. Druck: Mannesmann-Druckerei in Baden. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft Volksfreund und G.m.b.H., Karlsruhe.



**Die Osterhasen kommen**



und bringen elegante Kunst-Seidenwäsche als beliebtes und Freude bringendes Ostergeschenk — ERB'sche Qualitäten, solid und preiswert

Schlüpfer . . . . 1.75  
 Unterkleid . . . . 2.60  
 Garnitur, Schlüpfer u. Unterkleid in Charmeuse, feinste Ausf. 9.80

**ERB**

Das schönste Oster-Geschenk ein

**SPARBUCH**

der



**Städt. Sparkasse Karlsruhe**

Einmal angefangen regt es durch die mühe-lose Selbstvermehrung zu weiterem Sparen an und führt damit im Laufe der Jahre zu Vermögen und Wohlstand

**Knielinger Anzeige**

Das Fahren von 2400 Faschinen vom Grund-  
 beich nach dem Rheinvorland bei Maxau ist zu  
 beenden.  
 Angebote wollen mit entsprechender Aufschrift  
 bis längstens Samstag den 28. März, vor-  
 mittags 11 Uhr bei uns eingereicht werden.  
 Knielingen, den 25. März 1931. 702  
 Bürgermeisteramt.

Die Gemeinde kauft Vieh und Ertrag  
 für den Futtermittel.  
 Angebote werden auf Zimmer 4 entgegen-  
 genommen.  
 Knielingen, den 25. März 1931. 703  
 Bürgermeisteramt.

Die Steuerwerte für die Erhebung der Ge-  
 bäudesteuer für das Jahr 1931 sind fest-  
 gestellt.  
 Die Liste liegt von heute an eine Woche zur  
 Einsicht der Steuerpflichtigen aus. Während  
 dieser Zeit können Einsprüche vorgebracht  
 werden.  
 Knielingen, den 25. März 1931. 704  
 Bürgermeisteramt.

Im Zeichen des Preisabbaues  
 außerordentlich billiges **Osterangebot**  
**in Schuhwaren**  
 nur Qualitätsware aus eigener Fabrik  
 Schuhgeschäft **Kaiser**, Amalienstraße 33



**Frische FISCHE**

direkt von der See  
 in schwerster Verpackung

Grüne Heringe 3 Pfd. 50  
 Brat-Schellfische 25  
 Kabliau 27  
 im ganzen Fisch Pfd. im Anschnitt Pfd. 30  
 Schellfische 35  
 koplos, Pfd.  
 Kabliau-Filet 45  
 ohne Bauchlaopen, Pfd.  
 Räucherfische 254  
 Marinaden  
 Heringsalat Pfd. 25  
 Oelsardinen Dose 25  
 von an  
 Essiggurken 1/4 25  
 Senfgurken 1/4 10  
 Salzgurken Stück 5

**Pfankuch**  
 5% Rabatt

**Hände hoch!**

Jetzt legen sie mit ihrem schmissigen Kanu an unserem Floß an. Man muß es ihnen lassen, sie haben Unternehmungsgeist, es sind Draufgänger. Ahnungslos besteigen die Beiden unser Floß! Der eine steht in 3 Meter Entfernung im Anschlag, der andere legt uns die Handschellen an. Keine Ahnung haben die Schurken, daß unter ihren Füßen noch 5 Ausreißer liegen, die ihnen die Quittung für ihren Ueberfall zu verabreichen beabsichtigen. Als der Letzte von uns daran kommt, die Handschellen angelegt zu bekommen, stößt er einen fürchterlichen Schrei aus, das Zeichen für die Verdeckten. Im gleichen Augenblick . . .

Aus dem Buch: Die Hölle von Cayenne (das Schicksal eines Legionärs). Preis 2,70 Mark. Volksfreund-Buchhandlung, Karlsruhe (Bad.), Waldstraße 28. Fernsprecher 7020 und 7021

**Gaggenauer Anzeigen**

Fischervereinigung  
 Taglanden 99  
 Wegen der Bewirt-  
 schaftung d. neuen Fisch-  
 erntestalt in der Be-  
 gelochte Rabenmütze  
 findet am Freitag den  
 27. d. Mis., abends  
 8 Uhr, in Taglanden  
 „Gasthaus zum Baum“  
 ein Wahlerversammlun-  
 g. Der Landesfischer-  
 vereinigungstag. 99  
 Dr. Koch hat über  
 „Münchener Fischerei“  
 „Wirtschaftliche“  
 alle Fischereirechte  
 und hergl. eingeladen.  
 Die Vorstandsschiff.

Schulranzen  
 Aktienmappen  
 Musikmappen  
 Damentaschen  
 Geschw. Lämmle  
 51 Kronenstr. 51

Zafferte 2103  
**Rüchen**  
 jetzt nur 150.-,  
 185.-, 245.-, 265.- bei  
 E. Schweizer  
 K. Mühlpurg  
 12 Rheinstraße 12.

Das Kanienlassen der Führer.  
 Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß  
 das Kanienlassen von Führer auf fremdem  
 Eigentum und insbesondere auf Gärten, Feld-  
 und Wiesenland verboten ist.  
 Anfolge der bestehenden wirtschaftlichen Ver-  
 hältnisse will kein Befahrer auch nur den ge-  
 ringsten Schaden, der durch Führer hervor-  
 gerufen werden könnte, tragen bzw. zulassen.  
 Die Feldhut ist daher beauftragt worden,  
 sämtlich streng darüber zu wachen, daß Führer  
 und anderes Geflügel auf fremdem Gelände  
 keinen Schaden verursachen und diejenigen zur  
 Anzeige zu bringen, welche gegen die obige  
 Anordnung verstoßen.  
 Gaggenau, den 25. März 1931. 707  
 Der Bürgermeister  
 Schreiber.

Kreishaushaltungsjahre Wähl.  
 Der Sommerkurs an der Kreishaushaltung-  
 schule in Wähl beginnt am  
 Dienstag, den 5. Mai 1931  
 und ein Kostlos am  
 Montag, den 11. Mai 1931  
 Anmeldungen bis Ende April an die Vor-  
 siederin, durch welche Prospekte und Auskünfte  
 zu haben sind. Preis 300.— monatlich.  
 Ein neu eingelegter Kurs zur Ausbildung  
 von Kanienbeamtinnen mit Abschlußprüfung  
 beginnt am  
 Montag, den 1. Juni 1931  
 Ausbildungszeit 2 Jahre. Preis 300.—  
 monatlich. Anmeldungen an die Vor-  
 siederin bis 15. Mai 1931  
 Gaggenau, den 25. März 1931  
 Der Bürgermeister  
 Schreiber.

# STOFFE

EXTRA-  
PREISE

**für Mäntel und Kostüme die von der Mode bevorzugt!**

**Für den Frühjahrmantel:**

**Tweed-Diagonal** für den sportlichen Mantel, 140 cm breit . . . Meter **4.75**  
**Mantelstoffe** in modernen Melange-Farben, 140 cm breit, Meter **6.75**  
**Woll-Georgette** einfarbig, für den eleganten Mantel, schwarz, marine und die neuen Modelfarben . . . Meter **6.50, 8.00**

**Für das Kostüm:**

**Noppen- und Pepita-Stoffe** für das Kostüm . . . Meter **4.95** **3.50**  
**Kammgarnstoffe** für das praktische Kostüm . . . . . Meter **7.50**  
**Fleur de laine** einfarbig, moderne Farben, 130 cm breit, elegante Ko-  
 stümware . . . . . Meter **6.25**

**Seiden für die moderne Bluse:**

**Toile de soie** aparte Pastellfarben . . . . . Meter **4.50** **2.95**  
**Toile paye** reine Seide . . . . . Meter **4.95**  
**Forté Toile façonne** moderne Farben . . . . . Meter **6.75**

**Kleider-Tweed** große Sortimente, in moderner Aus-  
 munterung . . . . . Meter **1.95** **1.20** **98**

# KNOPFE

Gut erhaltenen **Anzug 2 Pünferschweine**  
 gebrauchter  
 von Arbeitslohn, bill. zu  
 zur Zucht geeignet, zu  
 tauf, gel. Ang. u. Nr. 2543, ver-  
 an d. Volksfreundbüro **Eberstr. 161.** 3430

**Armbanduhren** in Gold von **M. 30.-** an  
 in Silber von **M. 15.-** an  
 mit Garantie empfehle  
 Chr. Fränkle  
 Goldschmied  
 Karlsruhe, Kaiserpass.

**Unstreitig die best. blauen**  
 Arbeiter-Anzüge zu  
 Mark 10.00 und 12.50  
 Hosen, Windjoppen  
 usw. beim  
**Friedrich (SPD)**  
 jetzt Douglasstraße 22.

**Alles für den Hausputz**  
 zu haben in der  
**Drogerie Wilhelm Tscherning**  
 Ecke Amalien- und Karlstraße Telefon 519  
 Parkettputzöl „Bodenhell“ und Hochglanzparkettwachs  
 marschieren an erster Stelle



**Wenn die Hausfrau ein Kaffeegetränk wünscht, das herzhafter schmeckt und weniger kostet, dann muß sie es mit der guten Kaffeewürze Mühlen Franck zubereiten. Mühlen Franck würzt, kräftigt, verbilligt jedes Kaffeegetränk.**